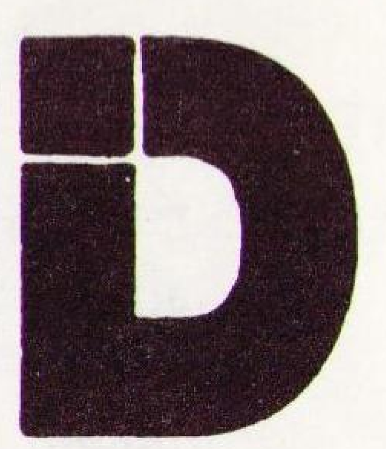
Informations-Dienst



zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 180 4. Juni 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr

D 1870 CX

frankfurter
informationsdienst e.V.,
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

postscheckkonto
gerd kever
nr. 360811-608
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf postscheckkonto 52 52 28 — 602 postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60) bitte stichwörter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.

GASTSPIEL DER „COMUNA"

FRANKFURT 1. Juni Die portugiesische Theatergruppe COMUNA aus Lissabon kommt zu einer Tournee in die BRD. Am 10.6. spielt sie in Dortmund, am 11.6. in Münster und am 13. und 14.6. (Montag/Dienstag) in Frankfurt - jeweils abends gegen 20 Uhr.

Ort der frankfurter Aufführung ist das Kulturzentrum 'Batschkapp' im Stadtteil Heddernheim.

Die heute 15 Leute umfassende Gruppe hat sich am 1. Mai 1972 - also noch unterm Faschismus - zusammengetan und zunächst im Untergrund gespielt. Nach dem Sturz des alten Regimes am 25. April 1974 trat die COMUNA öffentlich auf. Sie nahm teil an den kulturellen Dynamisierungskampagnen der MFA, die den Faschismus gestürzt hatte. Vor allem in Landkooperativen und Betrieben führte die COMUNA ihre Stücke auf. Unterstützt wurde sie finanziell durch einen Fond der Regierung Vasco Gonçalves. Nach dem Rechtsputsch am 25. November 1975 verlor die Gruppe die finanzielle Unterstützung der Regierung und mußte vor allem durch Auslandstourneen Geld einspielen. Inzwischen hat sie es erreicht, daß die Stadt Lissabon pro Monat 4.000 Mark zahlt - was für die 15 Leute kaum reicht. Auch deshalb: kommt zuhauf.

PROTEST BEIM SPORT MIT SÜDAFRIKA

SIEGEN 30. Mai Am Samstag, dem 21. Mai 1977, fand in Siegen ein Ringtennis-Länderspiel zwischen der RSA (Südafrika) und der BRD statt. Natürlich wurde die Sache erst kurz vorher bekanntgemacht. Da zusätzlich die Friedensdemos liefen, ließ sich keine größere Aktion auf die Beine stellen. Immerhin fanden sich vor der Turnhalle an die 80 Genossen ein, die auf Spruchbändern und mit Sprechchören zum Boykott des Rassistenregimes, d. h. zur Einhaltung der UNO-Beschlüsse, aufriefen. Da die Polizei den Halleneingang absperrte und nur ihr genehme Leute reinließ, liefen in der Halle selbst keine Aktionen. Eine Verhinderung des Spiels, das nur von etwa 50 Personen besucht wurde, war aber auch nicht unbedingt das Ziel der Demo gewesen. Wichtig war, daß es zumindest teilweise über Presseerklärungen und Flugblattaktionen in der Einkaufszone gelang, die Siegener Bevölkerung zu informieren und daß erstmalig in Siegen eine Aktionseinheit der relevanten Linkskräfte von GIM über SB zu DKP zustande gekommen ist. Beteiligt waren außerdem das Palästinakomitee, der AStA GH Siegen, der Fachschaftsrat FB 1 Gesellschaftswissenschaften dortselbst, die DKP (SDAJ, MSB), der SHB und die Sozialistischen Fachschaftsgruppen.

HAUSBESETZERTREFFEN IM BESETZTEN JUGENDZENTRUM

STETTEN 24. Mai *Das Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Stetten im Remstal schreibt:*

'Wir haben die Absicht, vom 17.-19. Juni 1977 in unserem besetzten Jugendzentrum ein großes Hausbesetzertreffen zu machen, mit viel Musik, Theater, Informationsaustausch und einem großen Fußballturnier am Samstag, den 18. Juni. Aufgerufen dazu sind alle zur Zeit besetzten oder früher mal besetzten Jugendzentren, Wohnkollektive und Ähnliches aus der BRD, Westberlin und dem 'befreundeten Ausland'. Also, wer Interesse hat, zum 'Tag der deutschen Hausbesetzter' bei uns mitzumachen, soll sich bitte mit uns in Verbindung setzen.'

Kontaktadresse: Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 2101, 7055 Stetten/Remstal

DOKUMENTATIONSAUSSTELLUNG ZU BROKDORF

Die Galerie '70 in Berlin hat eine Dokumentationsausstellung zum Verlauf der berüchtigten Brokdorf-Demonstration zusammengestellt (Fotos, Zeitungsausschnitte, Film), angereichert mit Vorschlägen, auf welche Weise man, so man sie überhaupt braucht, Energie mittels sogenannter „sanfter Technologien" zur Verfügung stellen kann. Die Träger der Galerie, die sich hauptsächlich mit der Dokumentation politischer Themen beschäftigen, möchten ihre Ausstellung auch außerhalb von Berlin zeigen. Anti-KKW-Initiativen, aber auch Bürgerinitiativen, die an der Verteidigung der noch vorhandenen und der Wiederherstellung bereits abgeschaffter Freiheiten interessiert sind, finden in der genannten Ausstellung reichliches Anschauungsmaterial dazu, was uns alle erwartet, wenn wir den Anfängen nicht weiter wehren respektive die bereits begonnene Aushöhlung der Grundrechte rückgängig machen. Wer die Ausstellung übernehmen möchte, wende sich an:

galerie '70, Schillerstr. 70, 1000 Berlin/West 12, Tel.: 030/3917100

NEUE BILDER IM BILDERDIENST

– Demonstration und Aktionen in Göttingen gegen die Repression auf den Bubackartikel –

– Häuserkampf in Köln / Wohnhäuser der Gothaer Versicherung abgerissen –

– Aktion gegen die Stadtautobahn in Köln –

LÜBECKER STADTBLATT ERSCHEINT ZUM 2. MAL

LÜBECK 31. Mai „Liebe Genossen! Auch in der norddeutschen Provinz tut sich was. Am 2. Juni erscheint die zweite Nummer des Lübecker Stadtblattes. Themen unter anderem: das bald stattfindende Straßenaktivistenfestival mit Bildseite, Artikel zum 2. Juni 1967, vor 10 Jahren in Lübeck, Schüleraktionen in Lübeck, die geplanten Schul-Normbücher, Schulstreik, Berichte über Bürgerinitiativen und eine ganze Menge anderer lokaler, regionaler und allgemeiner Themen wie Diskussion um einen Wohlstands-Artikel in der ersten Nummer, kkw-nee-Berichte und ein väterlicher Brief des Lübecker Polizeidirektors an ein Mitglied der Undogmatischen Linken nach Auseinandersetzungen mit der Polizei, die es nach Jahren der Ruhe anläßlich von Fahrpreisen und Anti-KKW-Demos wieder gab.

Die Zeitung hat sich auf Initiative einiger Leute der Undogmatischen Linken (FAL/UL) gebildet. Sie soll zum einen Forum der linken Basisgruppen in Lübeck sein und zum anderen Basisinitiativen wie BIs etc. ein Forum der Berichterstattung und Auseinandersetzung bieten, nachdem wir hier jahrelang leidige Erfahrungen mit der Springer-Zeitung „Lübecker Nachrichten" gemacht haben. Außerdem gibt es hier eine alternative Kulturscene mit Straßenmusik, Filmclub, Teestube, Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender, eine Mediengruppe, die sich in unserer Zeitung verbreiten soll . Wir sind daran interessiert, alle möglichen Informationen aus dem Bundesgebiet und auch aus dem Ausland zu erhalten. Auch Anzeigen sind erwünscht, zur Zeit trägt sich das Blatt noch nicht selber. Leider sind wir derzeit noch nicht in der Lage, Probenummern rumzuschicken. Wer eine DM in Briefmarken an obige Adresse schickt, bekommt eine Nummer!"

LÜBECKER STADTBLATT, Lübecker Generalanzweifler, c/o Nils-Holger Schomann, Kleine Burgstraße 13/15, 2400 Lübeck I

NATOMANÖVER AUF OBERBAYRISCH

WASSERBURG 31. Mai Im schönen Maien waren sie wieder da: Soldaten von einem Jägerbataillon, Fallschirmjäger, zwei Infanteriebataillone, Pioniere und Spezialeinheiten. Deutsche und Amis einträchtig zum Kriegsspielen vereint. Die Spielregeln waren dem Trend der Zeit angepaßt: 'Konventionelle NATO - Einheiten' im Kampf gegen 'unkonventionelle Streitkräfte in Zivil'.

Und so konnte die 'Wasserburger Zeitung' auch schon bald nach Beginn der Übung unter der Überschrift: Wo stecken die 'Roten Guerillas'? eine Zeitungsente über das Treiben der Gorillas loslassen. Denn wenn normalerweise den Militärs nichts unangenehmer ist als das Augenmerk der Öffentlichkeit, so war bei dieser unkonventionellen Übung 'Alpine Freundschaft' genau das Gegenteil der Fall. Flugblätter wurden verteilt, in denen die Bevölkerung zur Mithilfe aufgefordert wurde:

"Bericht über NATO-Manöver

In diesem Gebiet findet zur Zeit eine militärische NATO Übung statt. Unkonventionelle Streitkräfte in zivil, von U.S. und anderen Nationen, gemeinsam mit deutschen Reserve Einheiten und sympathisierenden Bevölkerungsschichten, können sich hier versteckt halten, um Zerstörungen von Brücken, Eisenbahnanlagen und Nachrichtenverbindungen zu simultieren. Wir sind eine Konventionelle NATO-Einheit in U.S Armee Uniform und arbeiten mit ihren lokalen und nationalen Polizei Einheiten zusammen.

WIR BRAUCHEN IHRE HILFE!!

Alle gebietsfremden Personen, die verdächtigt werden mit den unkonventionellen Streitkräften zusammen zu arbeiten, müssen gemeldet werden. Personen, die sich in verdächtiger Weise in diesem Gebiet für Brücken, Eisenbahnanlagen oder öffentliche Einrichtungen interessieren, oder einen Sabotage Akt simultieren, sollten ihre besondere Aufmerksamkeit erhalten.
Bitte rufen Sie uns an oder senden Sie Berichte an 08031/5449"

Die Tageszeitungen wurden mit Berichten eingedeckt. Alle diese Mitteilungen waren widersprüchlich, zum Schluß wußte keiner mehr, welche dieser Scheingegner nun die 'Blauen' (=Braven) und welche die 'Orangen' (=Bösen) waren.

Wahrscheinlich war das auch bei der ganzen Übung das Unwesentlichste. Was wohl viel wichtiger war, war herauszufinden, ob die Bevölkerung die sogenannten Demokratisierungsprozeße gut überstanden hat und bereit ist, auf dieses Spiel einzusteigen. Und sie stieg ein! Lediglich 50 (!) Studenten der Fachhochschule Rosenheim und die Leiterin eines Mädchengymnasiums dort verwehrten sich gegen das Ansinnen, die Schüler und Studenten in diesen Affenzirkus miteinzubeziehen.

Einige der 'Anschläge' konnten durch gezielte Hinweise verhindert werden. Was wohl die traditionsbewußten deutschen Bürgerherzen höher schlagen ließ, war die Gewißheit, daß es schier unmöglich war, die 'Terroristen' zu unterstützen, da bei diesen komplizierten Spielregeln nur eines klar war: was immer gemeldet wird, es landet auf jeden Fall bei Polizei und Militär.

VON EINEM DER SITZENBLIEB UND JETZT GEFEUERT WERDEN SOLL

Berlin 31. Mai *Als am 13. April der Personalrat des Bezirksamtes Spandau sich von seinen Sitzen erhebt und eine Schweigeminute für Buback einlegt, bleibt das Personalsratsmitglied Udo Knapp sitzen.*
Daraufhin passiert dem Diplom-Politologen, der Mitglied der ÖTV ist und seit 1972 beim Bezirksamt Spandau in der Jugendherberge beschäftigt ist, folgendes:

18.4. KOMBA-Berlin (reaktionäre Gewerkschaft) verteilt 3000 Hetzflugblätter gegen die ÖTV und den Kollegen Knapp.

20.4. 5 ÖTV-Mitglieder stellen beim Betriebsgruppenvorstand der ÖTV im BA Spandau das Begehren auf Eröffnung eines Ausschlußverfahrens gegen Udo Knapp. Begründung: er sei ein Sympathisant der Terroristen.
Der Bezirksgruppenvorstand übernimmt das „Begehren" und leitet es an den Bezirksvorstand Berlin der ÖTV weiter.

20.4. Im Büro von Udo Knapp nehmen er und Kollegen anonyme Anrufe entgegen, in denen er als „Anarchistensau" beschimpft wird; eine Kollegin von U. Knapp erhält ein anonymes Schreiben, in dem sie zur Distanzierung vom Kollegen Knapp aufgefordert wird; einem anderen Kollegen wird bedeutet, er solle sich nicht so offen und oft mit U. Knapp sehen lassen, das könne ihm schaden.

20.4. die Amtsleitung des Amtes VI (Jugendpflege) unternimmt beim Stadtrat für Familie, Jugend und Sport einen Vorstoß, dem Kollegen Knapp die Leitung des Ferienlagers zu entziehen; der stellvertretende Amtsleiter, ein junger, erst zwei Wochen im Dienst befindlicher Beamterm erklärt sich ohne gefragt worden zu sein, bereit, die Leitung des Ferienlagers zu übernehmen; der Stadtrat lehnt jedoch zunächst ab, mit der Begründung, daß Knapp sich sicher nichts mehr zuschulden kommen lassen wolle, seine Mitarbeiter im Ferienlager sollte man aber nochmals genauer unter die Lupe nehmen.

29.4. ÖTV-Fraktion des Personalrats und Betriebsgruppenvorstand der ÖTV verlangen vom Kollegen Knapp bis zur Klärung der Angelegenheit seinen Rücktritt aus dem Personalrat; Knapp lehnt das entschieden ab; er bittet vielmehr um ein gemeinsames Vorgehen gegen die KOMBA — das wird abgelehnt.

4.5. Udo Knapp veröffentlicht und verteilt eigene Stellungnahme.

5.5. der stellvertretende Amtleiter untersagt ihm das Verteilen der Stellungsnahme (es waren aber schon alle verteilt)

5.5. Vertrauensleuteversammlung; nach heftigen und haßgeladenen Debatten — Knapp wird wiederholt als Terrorist beschimpft, seine politische Vergangenheit wird ihm vorgeworfen, zu der er sich immer offen bekannt hat (er war aktiv in der Studentenbewegung und Mitglied des SDS) — beschließt der Vertrauensleutekörper mit 12 gegen 11 bei 7 Enthaltungen (60 Vertrauensleute gibt es) die Ausschlußempfehlungen gegen Knapp zu unterstützen; auf der gleichen Versammlung wird kurz vor der Abstimmung dem Kollegen Knapp angeboten, daß sein Ausschlußverfahren wohlwollend behandelt würde, wenn er freiwillig im Interesse der ÖTV auf eine erneute Kandidatur zum Personalrat verzichtet; Knapp lehnt ab

6.5. die Leitung des Ferienlagers Fallingbostel, für die Knapp vorgesehen war, wird ihm entzogen; Begründung: er habe durch sein Flugblatt und die um ihn entstandene Kampagne dem Ansehen der Jugendpflege nach außen Schaden zugefügt; außerdem würden Eltern sich sicher weigern, ihre Kinder mit Herrn Knapp zu verschicken

8.5. ÖTV-Fachgruppenversammlung/Sozialarbeit beim BA Spandau deckt Versuch der Manipulation der bevorstehenden Kandidatenaufstellungsversammlung der ÖTV für die Personalratswahlen auf: über einen Kuhhandel und offene Kontrolle der Abstimmung soll die Kandidatur von Knapp verhindert werden; der Betriebsgruppenvorstand wird von der Sitzung ausgeschlossen und die Fachgruppe beschließ eigene Stellungnahme und Unterschriftensammlung

9.5. der Personalratsvorsitzende teilt mit, daß der Stadtrat für Familie Jugend und Sport, Gabriel, einen Antrag auf Versetzung des Kollegen Knapp bei der Abt. Personal und Verwaltung gestellt hat;
einige ÖTV-Mitglieder bringen den Antrag in die Sitzung, Knapp aus dem Personalrat auszuschließen; dieser Antrag wird jedoch von der Mehrheit der ÖTV-Mitglieder abgelehnt; es ist zu vermuten, daß sich diese Mitglieder darüber im klaren waren, daß sie bei einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit diesem Antrag unterliegen würden.

9.5. die Ferienlagermitarbeiter bitten um Aufklärung, warum Knapp abgesetzt ist; sie erhalten Ultimatum bis 19.5., schriftlich sich zur Zusammenarbeit mit dem neuen Leiter des Ferienlagers zu verpflichten, anderenfalls werden sie entlassen; eine Mitarbeiterin darf nicht am Ferienlager teilnehmen, da gegen sie der Verfassungsschutz Einspruch erhoben hat;
alle übrigen Mitglieder unterschreiben ihre Verträge am 16.5.

16.5. 57 Kollegen der ÖTV Abt. Sozialarbeit verteilen eine eigene Protesterklärung und beginnen eine Unterschriftensammlung

16.5. nachdem der KOMBA sein Hetzflugblatt neu aufgelegt und an alle Spandauer Krankenhäuser verteilt hat, wird jetzt dieses Hetzpamphlet auch an alle Spandauer Lehrer verteilt; von der ÖTV erfolgt keine Reaktion

18.5. dem Kollegen Knapp wird von der ÖTV-Bezirksverwaltung per Eilzustellung mitgeteilt, daß der Bezirksvorstand auf seiner Sitzung am 16.5. beschlossen hat, gegen ihn ein Ausschlußverfahren einzuleiten und daß seine Mitgliederrechte und -pflichten ruhen.

24.5. Betriebsgruppenvollversammlung der ÖTV / BA Spandau; aufgrund des Ausschlußverfahrens darf Knapp nicht an der Vollversammlung teilnehmen; Knapp verteilt eine Erklärung

Eine ausführliche Dokumentation darüber gibt es gegen Einsendung von 80 Pfennigen in Briefmarken bei dem **FHSS-Komitee gegen Berufsverbote und politische Disziplinierungen, Goltzstr. 43/44, 1000 Berlin 30**

„BUBACK LEBT - ÄRGER DENN JE"

GÖTTINGEN
2. Juni

Zum Polizeiüberfall am 27. Mai in Göttingen schreibt der Göttinger Asta:

Am vergangenen Freitag überfielen zehn Hundertschaften Bullen, Staatsschützer und ein Rudel Staatsanwälte mitten im schönsten Frühling unseren Göttinger Asta. Leute von der BKA-Abteilung T (Terrorismus), z. T. mit vorgehaltenen MPs, klingelten friedlich schlafende Studenten und Studentinnen aus dem Schlaf, terrorisierten die linken Buchhändler. Ihr offizielles Ziel: Beweismaterial zu verschaffen, um nachzuweisen, daß im Göttinger Asta und in seinem Umfeld Terroristen sitzen. Leute, die kaltblütiges Morden billigen, ja propagieren, pubertäre Gesinnungskriminelle, die Tote verunglimpfen und das Volk verhetzen. Sie krempelten die Bude um und tauchten durchs Aquarium. Dann nahmen sie mit: Einführungen ins Hebräische von einer Theologiestudentin, Studienscheine für jahrelanges qualvolles Studieren, Tagebücher, Lohnsteuerkarten, Notizen von Vorlesungen, die besagte Zeitung des Göttinger Asta mit dem besagten Artikel (der Buback-Nachruf, siehe ID 178), Adressenlisten etc., insgesamt 22 Plastiksäcke voller Papiermaterial. Hoffentlich fallen ihnen beim Lesen die Augen aus dem Kopf.

Sie hatten sich das in ihren Schreibstuben fein ausgedacht: Pfingstferien, Studenten weg, Asta frei, nix wie hin und bischen Vandale machen, die Strukturen und Beziehungen dieses Terroristensumpfes ausfindig machen, Leute einschüchtern, kriminalisieren, isolieren, sie der öffentlichen Verfolgung und Hysterie ausliefern. Aber denkste: schon bald war die Polizei, die das Asta-Gebäude abgeriegelt hatte, von Demonstranten umstellt, die sich bald darauf zu einem Zug formierten, eine Kreuzung besetzten, den Bahnhof blockierten, zum „Göttinger Tageblatt" gingen, um eine Erklärung durchzusetzen, was die Schreiberlinge dort mit Hinweis auf die Meinungsfreiheit natürlich ablehnten. Gerade sie, die die Abschaffung dieser Meinungsfreiheit für die Studenten und ihre gewählten Organe propagieren. Am Nachmittag fand eine spontane Solidaritätsfete statt und der Asta wurde endlich zu dem, wovon die einsamen Astafreaks schon immer geträumt hatten: zu einem Aktions- und Kommunikationszentrum, in dem rund um die Uhr was los war.

Aber es kam für die T-Strategen noch doller: die VDS-Basisgruppenfraktion solidarisierte sich auf der in Dortmund tagenden VDS-Sitzung sofort mit dem Göttinger Asta und forderte die anderen VDS-Fraktionen auf, ein gleiches zu tun und die VDS-Tagung nach Göttingen zu verlegen. Das wurde jedoch von den Ordnungshütern des MSHB/LHV/Juso abgelehnt und zwar mit der Begründung, der Göttinger Asta arbeite mit seinen provokativen Artikeln den Reaktionären in die Hände und man müsse schon etwas vorsichtiger sein in der Wahl seiner Worte und man könne sich einfach mit diesem Chaoten-Asta nicht solidarisieren und und und. Teile der Basisgruppen fuhren daraufhin am Samstag morgen nach Göttingen, nach intensiven Beratungen morgens früh um sechs Uhr ließen Juso/LHV/ MSB daraufhin die VDS-Tagung platzen. In Göttingen fand ein paar Stunden später eine Demonstration mit 2500 Teilnehmern statt, auf der Asten aus dem ganzen Bundesgebiet anwesend waren. Die anschließende Feier auf dem Campus dauerte bis zum frühen abend. Leute, die ihr das lest! Die seit Wochen andauernde Kampagne gegen den Asta und andere Asten und gegen Zeitungen, die nicht die Wahl ihrer Worte und die Veröffentlichung ihrer Gedanken von der tagtäglichen Repression bestimmen lassen, fand damit einen vorläufigen Höhepunkt. Schon Heidelberg hatte deutlich gemacht, welcher Gewalt jede kritische Äußerung von den Unis vertrieben werden soll, weil sie Sand im Getriebe der Ausbildungsmaschinerie sind. Aber uns ist in Heidelberg und besonders auch hier in Göttingen mittlerweile klar geworden, daß wir auch vor einem Neuanfang stehen, daß wir der Uni:-Fabrik nicht hilflos gegenüberstehen und dass wir auch Möglichkeiten entwickeln können, in unserer Verweigerung gegen die Ausbildungsfabrik auch in die Gesellschaft als Ganzes verändernd einzugreifen.

Aus einer Presseerklärung des Buchladens Rote Strasse zur Durchsuchung:

"Am Morgen des 27. 5. 1977 brach die Polizei in unsere Geschäftsräume ein, in dem sie das Schloß aufbohrte. Bereits eine Stunde, nämlich seit 8.00 , wühlten sie in unseren Regalen, ohne die Mitglieder des Ladenkollektives zu verständigen. Als zwei von uns um 9.00 hier eintrafen, bekamen wir den Durchsuchungsbefehl ausgehändigt. Dieser ist mit dem Datum vom 25.5.77 ausgestellt. Es geht um die Ermittlung um den Buback-Nachruf der „göttinger nachrichten" vom 25.4.77. Inwiefern einen Monat nach Erscheinen dieses Artikels, zwei Tage nach Ausstellung des Durchsuchungsbefehls am Morgen des 27.5.77 „Gefahr im Verzuge" gegeben sein soll, kann wohl nur das BKA Wiesbaden beantworten, das hier in Göttingen mit von der Partie war - ebenso wie die Spezialeinheit TE (Terrorismus)...

Was hat der Buchladen mit dem Buback-Nachruf zu tun? Wir werden als Kommunikationsstelle angegeben für das „Roth-Komitee", das sich zur Aufgabe gemacht habe, anhand des genannten Prozesses die Situation der „kriminalisierten, politischen Gefangenen" in der BRD zur Sprache zu bringen. Es sei daher zu vermuten, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen werde. Beweismittel wofür? Der Zusammenhang zum Nachruf für Buback ist konstruiert; es werden Beweismittel gesucht, „die nähere Rückschlüsse darauf zulassen, wer den Artikel verfasst oder an der Abfassung mitgewirkt hat...

Der vorverlegte Staatsschutz soll alles ersticken, was nicht „Modell Deutschland" heißt. Buback lebt - ärger denn je."

GLASTRENNSCHEIBEN IN BESUCHSZELLEN

„ . . . da waren Fachleute am Werk."

FRANKFURT
25. Mai

Die beiden folgenden Gesprächsprotokolle bekamen wir von einem Journalisten, der den Anstaltsleiter der JVA Preungesheim, Klüsener, und einen Vertreter des Justizministeriums in Wiesbaden telefonisch befragt hat. Damit ist klar: der Einbau von Glastrennscheiben wie im KZ „Libertad" in Uruguay (siehe STERN Nr. 16, „Folter 1977") in den Besucherzellen des Preungesheimer U-Haftgebäudes für Männer ist beschlossene Sache.

Mit den Installationen ist bereits heimlich begonnen worden. Sie sind Teil eines im Mai 1976 von der sogenannten „Gauf-Kommission" erstellten „Sicherheitsprogramms für den hessischen Strafvollzug". Schon damals setzte eine Reihe massiver Verschärfungen in allen hessischen Knästen ein: Freizeiten wurden gesperrt, Gefangene total isoliert, häufige erniedrigende Körperkontrollen, Zellendurchsuchungen, Besuchsverbote

für ehemalige Gefangene. Offizielle Begründung für diese Maßnahmen war damals vor allem der Tod des Butzbacher Anstaltsleiters und die Flucht der vier Frauen aus dem Berliner Knast. Diese Vorfälle geschahen in Wirklichkeit erst, nachdem diese Maßnahmen bereits beschlossen worden waren. Die neueste Sache, die Absperrung der Gefangenen von ihren Besuchern im Preungesheimer Knast, ist wohl nur die Vorhut. Daß man sich dabei nicht nur auf diesen Knast beschränken wird, läßt sich den Aussagen der interviewten Herren nur unschwer entnehmen, auch wenn der Anstaltsleiter stereotyp abstreitet, was der Justizminister längst beschlossen hat.

Besonders wichtig ist die Andeutung aus dem Justizministerium, daß auch in anderen Bundesländern ähnliche 'bauliche Veränderungen' im Gange sind, denn die Verantwortlichen werfen schon mal 'einen Blick über den Zaun' (siehe unten). Wir sollten mal überall einen Blick über die Mauern werfen, um festzustellen, wo sonst überall noch in den Besucherzellen herumgebastelt wird (erste Anzeichen können zum Beispiel die Versetzung der Lampen oder ähnliches sein) und um zu verhindern, daß die Angelegenheiten planmäßig erst dann bekannt werden, wenn alles schon vollendet ist und damit die „sehr konsequente Linie" (siehe unten) des Strafvollzugs nicht zum gewünschten „100%igen Erfolg" (siehe unten) führt.

Gespräch mit Anstaltsleiter Klüsener, JVA Preungesheim, vom 24. Mai 1977

K.: Klüsener!

G.: Ja, guten Tag Herr Klüsener, hier spricht ---. Wir haben eine Benachrichtigung bekommen von Angehörigen von in Preungesheim Inhaftierten, und zwar kam folgende Meldung durch: daß in den Besucherzellen bauliche Veränderungen durchgeführt werden, daß da Trennscheiben eingebaut werden. Wir wollten da — bevor wir Bericht erstatten — uns erstmal erkundigen, ob das überhaupt stimmt und zum anderen Sie um eine Stellungnahme bitten.

K.: Das ist nur zum Teil richtig. Es ist richtig, daß in einer Besucherzelle eine Trennscheibe eingebaut wird — ein Muster.

G.: Ah ja.

K.: Aber das ist noch nicht fertig.

G.: In einer Zelle nur?

K.: In einer Zelle — als Muster, ja.

G.: Wieviele Besucherzellen haben sie denn?

K.: Zwölf — höchstens, glaube ich.

G.: Und aus welchem Grund wird das gemacht?

K.: Das ist ein Einbau als Muster, dann wollen wir mal gucken, wie das ist — wie das aussieht. Und ob das hinterher in andere eingebaut wird oder wie, das werden wir sehen.

G.: Was sind das für Erwägungen? Geht es um Sicherheit, oder ...?

K.: Ja, sicher.

G.: Geht es da um ganz konkrete Hintergründe, vor denen Sie ...?

K.: Ja, da gibt es Hintergründe, sicher.

G.: Wollen Sie sich nicht näher dazu äußern?

K.: Nee, was sollen wir jetzt die Hasen aufscheuchen. **Es ist noch gar nicht fest, ob sie eingebaut werden (lacht). Jetzt ist zunächst einmal ein Muster da.**

G.: Und die ist in Betrieb?

K.: **... die wird angeguckt, und dann wird weitergesehen.**

G.: Ist die in Betrieb?

K.: Nein, nein, nein, nein.

G.: Ach so.

K.: Nicht in Betrieb. Es ist nur ein Muster, vom Staatsbauamt mal eingebaut - und das entsprach nicht unseren VORSTELLUNGEN. Es werden noch Veränderungen vorgenommen und **dann müssen noch die Leute vom Ministerium kommen, die müssen sich das auch noch angucken, ob man das will,** ob man das so will, ob man das überhaupt will.

G.: Und wenn dem zugestimmt wird, ab wann wäre damit zu rechnen, daß die voll eingebaut werden?

K.: Das kommt drauf an — die Lieferzeit der Firmen, das kann ich Ihnen nicht sagen.

G.: Wie ist das eigentlich — mir ist bisher nichts bekannt — gibt es andere Justizvollzugsanstalten, in denen bereits solche Einrichtungen ...

K.: Ich kann es Ihnen nicht sagen — in Hessen nicht.

G.: In Hessen nicht?

K.: Nein, wir sind praktisch die einzigste große U-Haftanstalt — in den Strafanstalten findet ja der Besuch in großen Gruppen statt. Es geht ja nur um die U-Haft.

G.: Ah ja, ja schön, ich danke Ihnen schön.

K.: Bitte schön.

Gespräch mit dem Hessischen Justizministerium, Vollzugsabteilung, vom 24. 5. 1977

G.: Ja, hier ist nochmal ---. Ich habe mit Ihnen — Sie wissen Bescheid, ja?

— Ja, ich versuche, Sie jetzt mal weiterzuverbinden. Zu Herrn Rothenberger, Moment mal bitte.

R.: Rothenberger.

G.: Ja, guten Tag, hier ist ---.

R.: Guten Tag, Herr ---. Ich weiß, was Sie bedrückt.

G.: Ah ja, schön. Ich habe mit Herrn Klüsener schon mal gesprochen heute.

R.: Ich will mich nicht drücken davor, aber ich bin nur der stellvertretende Abteilungsleiter. Vielleicht gebe ich Sie eine Etage höher an den Dr. Dahlke. Mit dem zuständigen Abteilungsleiter, mit dem habe ich die Sache erörtert und außerdem hat der Material auf dem Tisch liegen. Bleiben Sie bitte mal in der Leitung.

G.: Ja.

R.: Hören Sie bitte!

G.: Ja.

R.: Der ist nicht da, der Dr. Dahlke. Da müssen Sie mit mir vorlieb nehmen.

G.: Ja gut.

R.: Sie wollen wissen, ob das stimmt?

G.: Ja, die Meldung ist bei uns durchgekommen von angeblich Angehörigen von Gefangenen.

R.: Wie lautete denn die Meldung?

G.: Die Meldung lautet, daß in der Justizvollzugsanstalt — ich glaube, wenn ich das richtig verstanden habe — im Untersuchungshaftteil oder Gebäude, wie das ...

R.: Das ist FFm 1 - Preungesheim.

G.: Ah ja. ... daß dort zur Zeit in den Besucherräumen, in den Besucherzellen Trennwände eingebaut werden, so daß die Gefangenen von den Besuchern — also in Zukunft — daß die sich nur noch durch dicke Glasscheiben sehen können.

R,: Dazu ist folgendes zu sagen. Das, was jetzt dort installiert wird, ist Ergebnis der Untersuchungen und Empfehlungen der sogenannten Gauf-Kommission. Sie wissen ja, daß im vergangenen Jahr die Gauf-Kommission — benannt nach dem Vorsitzenden Generalstaatsanwalt — in Frankfurt tätig war ...

G.: Ja, das war im Frühjahr letzten Jahres.

R.: Ja, im Frühjahr — im Mai — etwa vor einem Jahr ist der Bericht abgeliefert worden ... daß diese Kommission **die Situation in den hessischen Justizvollzugsanstalten untersucht, geprüft hat und zu dem Ergebnis gekommen ist, daß es erforderlich sei, die**

Untersuchungsräume in den Justizvollzugsanstalten — so, wie es jetzt geschieht — abzusichern. Das ist also eine Empfehlung, die expressis verbis von der Gauf-Kommission formuliert wurde und die auch jetzt noch einmal abgesegnet wurde durch die Spitze unseres Hauses.

Und worauf stützt sich diese Empfehlung jetzt im einzelnen oder ganz konkret in der betroffenen Anstalt?

Um ganz einfach zu verhindern — um Durchsteckereien zu verhindern — daß verbotenerweise Gegenstände, Sachen und so weiter reingebracht werden und wieder rausgegeben werden.

Also das Ergebnis dieser Untersuchung war, daß vornehmlich bei Besuchen ...

Ja.

... die aber doch beaufsichtigt sind.

Ja, und ... dazu ist ja folgendes zu sagen. Einmal läßt sich durch Beaufsichtigung nicht eben dieser **100%ige Erfolg** herbeiführen — da muß man alle möglichen oder verfügbaren technischen Mittel bedienen — wird geschehen — und zum anderen, wird dadurch natürlich die personelle Kapazität entlastet. Wenn man so etwas hat, dann braucht man das nicht mehr so personenintensiv zu tun.

Ah ja, richtig. Und ja - wie ist das - gibt es ganz konkrete Fälle, die Sie dann nennen können oder wollen?

Da müßte ich mich zunächst einmal informieren.

Aber, das war ja gerade Veranlassung dafür, daß die Gauf-Kommission ihre Tätigkeit aufnahm, daß da so viel geschehen ist — daß da so viel reingeschmuggelt worden ist — ich denke da nur an Rauschgift und was weiß ich — und Kassiber. Das ist doch furchtbar einfach. Ich nenne jetzt mal einen Fall, den ich mir selbst zurechtlege: das ist doch ganz einfach, wenn ich zulasse, daß **Körperkontakt in Form eines Kusses** stattfindet, daß ich dann dabei eine Ampulle mit LSD übertrage.

Ah ja. Ja, jetzt nochmal zu dem Umfang der Maßnahme. Geschieht das in allen Besucherzellen, und wann werden diese Zellen dann eingesetzt — und wissen Sie auch, ob das in anderen Vollzugsanstalten schon eingeführt ist?

Nein, nein — zunächst einmal in Ffm. 1. Das ist ja eine reine U-Haftanstalt.

Ah ja, hmh. Und ab wann wird das dann ...

Das kann ich Ihnen nicht auf den Tag und auf die Stunde sagen, **das ist beschlossene Sache.** Das wird in Kürze oder alsbald — das hängt ja auch von Lieferfristen und technischen Möglichkeiten ab. Aber wie gesagt, die Entscheidung ist gefallen.

Und betrifft das jetzt ganz bestimmte Gefangene oder ist das eine generelle Regelung?

Eine generelle Regelung.

Noch eine andere Frage. Wissen Sie, ob es in anderen Bundesländern schon sowas gibt? Also wir haben bis jetzt noch nichts davon gehört.

Das ist sehr unterschiedlich.

In Hessen — sagten Sie — ist das einmalig bisher.

Schreiben Sie das bitte nicht, ich will nicht sagen, daß Hessen hier vorne ist, aber ich sage, daß es sehr unterschiedlich gehandhabt wird — nicht nur unterschiedlich, was die Intensität anbelangt, sondern man hat ja auch verschiedene Entscheidungen — einmal so und einmal so getroffen. Entwicklungen von hin und wieder zurück. Es gab schonmal ein Bundesland, da gab es sowas schon al, aber das wurde wieder beseitigt.

Wissen Sie, welches das war?

R.: Es gibt Bundesländer, da ist die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung vollzogen worden. Also, **wir haben schon den Blick über den Zaun geworfen, wir wissen, wie es in anderen Bundesländern ist.**

G.: Ja, können Sie konkret Bundesländer nennen ...

R.: Ich weiß es, aber ich möchte es nicht sagen.

G.: Aber diese Einrichtung gibt es schon?

R.: **Ja, wir sind da nicht das einzige Bundesland ... Ich muß sagen, die ganze Variationsbreite der Möglichkeiten ist gegeben. Eine der äußeren Marge ist ja, daß man jeden Körperkontakt verhindert, da ist die eine Möglichkeit. Und die andere ist, daß man vollends drauf verzichtet. Und da gibt es ja Zwischenmöglichkeiten — halbhoch, ganz hoch, mit Durchreiche usw.**

G.: Aber gibt es nicht auch noch die Möglichkeit, was ich weiß — ja auch in vielen Anstalten durchgeführt wird, daß sowohl Gefangene als auch Besucher kontrolliert werden?

R.: Ja.

G.: Und schließt das das gewünschte Maß an Sicherheit noch nicht ein?

R.: Nein, das schließt es nicht ein. Es gibt so viele Praktiken, das zu umgehen. Wenn ich sagen darf, daß selbst .. einer industriefrisch verschlossenen Dose oder Büchse, die den absoluten Anschein erweckt hat, als sei daran nichts manipuliert worden, alle mögliche reingetan worden ist.

G.: Aber Gegenstände dürfen ja seit längerer Zeit schon nicht mehr übergeben werden.

R.: Ja, das ist klar — mit besonderer Genehmigung — das ist klar. Aber wie gesagt, es ist **an sich eine sehr konsequente Linie unseres Hauses,** daß damit das praktisch unmöglich gemacht wurde. Und **Sie werden mir natürlich den Vorwurf machen, das sei eine Übermaßreaktion oder das sei inhuman, das sei unmenschlich** — dem U-Gefangenen würde was angesonnen, was an sich durch den U-Haftzweck — die Intention, die Ratio nicht gerechtfertigt sei. **Die Meinung ist nicht zu vertreten. Das ist eine andere Auffassung, daß dadurch eine absolute gleichmäßige, gleichförmige Behandlung aller U-Gefangenen gewährleistet ist und aus Sicherheitserfordernissen ein größtmögliches Maß an Sicherheit gewährleistet ist, das waren unsere Aspekte.**

G.: Hmh.

R.: Das ist die Entscheidung dafür, daß wir das so gemacht haben.

G.: So haben uns gegenüber auch die Angehörigen argumentiert, die uns darüber informiert haben, da ja gerade was im Strafvollzug propagiert wird — auch von ihrer Seite — daß soweit als möglich — soziale und familiäre Kontakte gefördert werden sollen, und das ist natürlich dann problematisch, wenn Kinder ihre Väter wie Tiere im Zoo hinter einer Glasscheibe präsentiert bekommen.

R.: Da haben Sie 100%ig recht. Nur müssen Sie eins unterscheiden. Hier handelt es sich um U-Gefangene nicht um Strafgefangene. Wenn wir von der gesetzlichen Situation ausgehen, daß das Strafvollzugsgesetz mit all seinen Möglichkeiten der Resozialisierung — das ja nur für die bereits Verurteilten, rechtskräftig verurteilten vorgesehen ist, daß da ganz andere Maßstäbe gelten — da können sie das Argument nicht mehr bringen. An U-Gefangenen ist ja zunächst mal gar nichts zu resozialisieren, denn für die gilt ja noch die Unschludsvermutung. — und da steht in allererster Linie und im Vordergrund der Zweck der U-Haft: nämlich zu verhindern, daß irgendetwas rein- und rauskommt, daß verdunkelt wird.

G.: Ah ja, spielen auch so ermittlungstechnische Sachen eine Rolle, weil sie gerade sagten verdunkeln ...?

: Das ist doch klar, weil ... Es gibt zwei Gründe für die U-haft: Fluchtgefahr und Verdunklungsgefahr, klar.

: Ja.

Ich darf Ihnen aus persönlicher Sicht sagen, die Entscheidung ist uns natürlich nicht leichtgefallen. Wir haben alle Aspekte abgewogen gegeneinander und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß das die sachgerechte und politisch vertretbare ist und – das ist jetzt nicht meine Auffassung – das ist eine Empfehlung der Gauf-Kommission, da steht schon einiges an Autorität dahinter, da waren ja Fachleute am Werke und noch wichtiger – im politischen Bereich ist das abgesichert – die Spitze unseres Hauses steht dahinter. Also das ist nicht hier – daß irgendein gemeinsamer Entschluß – das muß man schon so sehen.

Ja, dann danke ich Ihnen für die ausführlichen Auskünfte. Auf Wiederhören !

TREIK IM HANDWERK HEIZUNG KLIMA ANITÄR BADEN WÜRTTEMBERGS

TUTTGART *Folgender Bericht erreichte uns aus Baden-*
. Mai *Württemberg:*

„Nach zweiwöchiger Dauer steht der Streik der IGM-Handerker im Bereich Heizung-Klima-Sanitär vor dem erfolgreich-n Abschluß.

ur Vorgeschichte:

Die Entwicklung im Handwerk ist gekennzeichnet von einem Abbau der Löhne und Sozialleistungen durch die Arbeitge-r. In den letzten Jahren befand sich die IGM bei Tarifver-ndlungen ständig auf dem Rückzug, mußte sich Beschimpfung-jen und Beleidigungen gefallen lassen.

ieses Jahr war dann das Maß voll. Das Tarifangebot der Unter-hmer war, für jeden sichtbar, eindeutig schlechter als die ver-eichbaren Abschlüsse in der Industrie.

eispiel: Lohnabschluß Metallindustrie 6,9% ab 1.1.77
Lohnangebot Handwerk 6,0% ab 1.4.77

ifferenz: zwischen 350 und 610 DM pro Jahr je nach Lohn-uppe.

azu kamen noch geringere Angebote bei den vermögenswirk-men Leistungen, Weihnachtsgeld und Ausbildungsvergütung.

Für Anfang Mai wurde die Urabstimmung eingeleitet. Sie urde von vielen Schwierigkeiten begleitet. Erstens gab es Wi-erstände zu überwinden innerhalb der Bezirksleitung der IGM, o viele nicht an einen Erfolg dieser Urabstimmung glaubten d die zuständigen Leute für verrückt erklärten (das Handwerk innerhalb der IGM schon immer stiefmütterlich behandelt orden). Zweitens sind die Monteure der Handwerksbetriebe ganz Baden-Württemberg verstreut und die zuständigen Leute aren eine Woche unterwegs von München bis Saarbrücken, um ast) alle Urabstimmungsberechtigten zu erreichen.

och das Ergebnis spricht für sich: 94,44% stimmten ab, 88,56 timmten für Streik. Dieses Ergebnis war auch ein Erfolg der erstärkten Basisarbeit der IGM in den letzten Jahren. Der Or-anisationsgrad wurde ständig erhöht, in vielen Betrieben wur-en erstmals Betriebsräte gewählt.

In die Streikleitung wurden zu Anfang je drei Kollegen aus den 12 bestreikten Betrieben delegiert. Sie tagte jeden Morgen und jeden zweiten Tag war Streikversammlung. Diese Streikleitung, die im Laufe der Auseinandersetzung zu einer verschworenen Gemeinschaft zusammenwuchs, war eine der Stützen des erfolgreichen Kampfes. Hinzu kam die Solidarität der übrigen Kollegen aus dem Handwerk, die fast geschlossen Streikbrecherarbeiten ablehnten und die umgehende Information aller Verwaltungsstellen der IGM, wo Zweigbetriebe der bestreikten Firmen existieren. Damit wurde erfolgreich verhindert, daß Arbeiter aus anderen Bundesländern für Streikbrecherarbeiten eingesetzt werden konnten. Und was auch unheimlich wichtig war: die Frauen der streikenden Kollegen standen fast geschlossen hinter ihren Männern, obwohl sie gezielten Drohungen und Einschüchterungsversuchen der Unternehmer ausgesetzt waren. Mit Briefen und Telefonanrufen versuchten die Unternehmer, daß die Ehefrauen Druck auf ihre streikenden Männer ausüben. Überhaupt war dieser Arbeitskampf gekennzeichnet durch Tricks und Täuschungsmanöver der Unternehmer. Mit Briefen „an die lieben Mitarbeiter", gefälschten Verlautbarungen über die Verhandlungsbereitschaft der IGM und gezielten Lügen über die tatsächlichen Verdienste im Handwerk im Vergleich zur Industrie, wurde versucht, die Streikfront zu brechen. Aber das Gegenteil wurde erreicht. Im Laufe des Streiks stießen noch weitere Betriebe hinzu, die IGM konnte über 150 neue Mitglieder aufnehmen. Der Erfolg der Streikenden ist deshalb auch umso höher zu bewerten, als für die Streikleitung die Schwierigkeit bestand, daß über 80 Baustellen im ganzen Ländle gegen Streikbrecher (und Diebstahl) zu kontrollieren waren. Die IGM hatte extra dafür ein mobiles Streikkommando eingerichtet. Aber die Streikfront stand geschlossen (nur in zwei Betrieben gab es Versuche, Lehrlinge als Streikbrecher einzusetzen).

Der Streik war der erste seit 1945! Er wurde in Form eines Schwerpunktstreiks geführt. Bestreikt wurden anfangs 12 Betriebe in den Verwaltungsstellen Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe und Ulm. Grundsätzlich wurden nur Betriebe ausgewählt, die einen Organisationsgrad über 50% hatten. Die Lehrlinge streikten nicht mit (oder genauer gesagt, sie durften auf Beschluß der Bezirksleitung nicht mitstreiken). Das lag sicherlich auch daran, daß der Organisationsgrad nur 5% beträgt und z.B. im Bezirk Stuttgart nur drei organisierte Jugendvertretungen existieren (bei 150 Lehrlingen).

Noch einige amüsante Geschehnisse am Rande: Am Vatertag (Himmelfahrt) mußten die Arbeitgeber nach Winterthur antanzen, da alle vier Betriebe des Schweizer Multis Sulzer in Baden-Württemberg bestreikt wurden.

Der Süddeutsche Rundfunk in Stuttgart hatte während des Streiks erhebliche Sendeschwierigkeiten. Die Sendeanlage muß nämlich gekühlt werden und von den sechs Mann von Sulzer, die das normalerweise machen, waren nur noch zwei Mann Notdienst da. Bei Anrufen beim SDR, worauf denn diese Sendeschwierigkeiten zurückzuführen sind, bekam man zur Antwort, das würde wohl an der Antenne liegen, und erst nach wiederholtem Nachfragen gaben sie dann zu, daß 'kurzfristig zu wenig Personal' da ist. Ohne diese zwei Mann Notdienst wäre sowieso das ganze Sendesystem zusammengebrochen.

Wenn die Arbeitgeber dem Verhandlungsergebnis zustimmen, wird der Streik am Donnerstag, dem 2.6.77, beendet.

Lohn/Gehalt: Erhöhung um 6,9% Laufzeit 1.4.77 – 31.3.78

13. Monatseinkommen: 1. Stufe Erhöhung um 5%-Punkte bis 31.12.77
2.Stufe Erhöhung um weitere 5% ab 1.1.78 – 31.12.78

Vermögenswirksame Leistungen:	1. Stufe Erhöhung um 13,--DM ab 1.7.77– 31.12.79
	2. Stufe " um weitere 13,-- DM ab 1.1.80 – 31.12.82
Ausbildungsvergütung:	um jeweils 10,-- DM ab 1.9.77–31.3.78 und ein Tag mehr Urlaub bis 31.12.77
Auslösung:	Erhöhung der Auslösungssätze um 5%"

BERUFSVERBOTE

BERUFSVERBOTE IN DORTMUND

DORTMUND Juni 1977 Die Dortmunder Initiative gegen Berufsverbote hat ein Faltblatt herausgegeben, das über fünf Fälle von Berufsverboten informiert. Die Berufsverbote richten sich sämtliche gegen Dortmunder Lehrer, die nach einer Überprüfung keine Anstellung erhalten, weil sie 'nicht auf dem Boden der Freiheitlich-demokratischen Grundordnung' stehen. Vorgeworfen wird den bespitzelten Lehrern u.a. die Teilnahme an Veranstaltungen zugelassener Parteien, die Kandidatur bei Parlamentswahlen, Teilnahme an studentischen Versammlungen und Parteiveranstaltungen der DKP, freie Meinungsäußerung. Die Initiative stellt die Frage: 'Wieso darf jemand Abgeordneter werden, aber nicht Lehrer? '

Nähere Informationen gibt es unter der Kontaktadresse: Peter Richter, 4600 Dortmund 1, Düsseldorfer Str. 47

BERUFSVERBOT FÜR PETER MARWEDEL

MÜNSTER Juni 1977 Der Initiativkreis gegen die Berufsverbote, Münster, befaßt sich zur Zeit mit dem Fall von Dr. Peter Marwedel, der als Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Westfälischen Wilhelms-Universität nicht in das Beamtenverhältnis übernommen wird. Marwedel war im Sommer 1976 mitgeteilt worden, über ihn lägen 'Erkenntnisse' vor. Als die sich als Fälschungen erwiesen versuchte man, ihn zu illegalisieren. Der Initiativkreis wendet sich gegen das Berufsverbot, das gleichzeitig gegen das Institut für Soziologie gerichtet ist.

Kontaktadresse: Initiativkreis gegen die Berufsverbote Bispinghof 3, 4400 Münster, Tel: (0251)490/3190-98

ANKLAGE WEGEN §§ 88 a ERHOBEN

BOCHUM 2. Juni *Der Bericht kommt aus der Politischen Buchhandlung Bochum:*

Kaum mehr als ein Jahr ist verstrichen seit der Verabschiedung der sogenannten Gesetze zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens, und schon liegt die erste Anklageschrift auf dem Tisch. Der Dortmunder Politstaatsanwalt Jordan hat jetzt gegen den Geschäftsführer der Politischen Buchhandlung Bochum, Thomas K., die Eröffnung der Hauptverhandlung der dortigen Staatsschutzkammer beantragt. Vorgeworfen werden Vergehen nach § 88 a (Verbreitung von Schriften, die die Befürwortung von Gewalttaten enthalten) sowie nach § 129 (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung). Zusätzlich – damit die „kriminelle Energie" des Beschuldigten ins rechte Licht rückt – soll im selben Verfahren ein Diebstahlsdelikt verhandelt werden.

Die Vorgeschichte dürfte weitgehend bekannt sein: im August vergangenen Jahres startete das BKA auf Ersuchen des mittlerweilen verstorbenen Generalbundesanwalts einen bundesweiten Einsatz gegen acht linke Buchläden. Die Durchsuchung der Läden sowie etlicher Privatwohnungen galt der Nr. 2 des Revolutionären Zorn, einer Zeitung der Revolutionären Zellen, gegen deren Mitglieder wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wurde. Die Beschuldigten, so hieß es, stünden in dem Verdacht, diese Zeitung bezogen und vertrieben und sich dadurch der Unterstützung dieser Vereinigung schuldig gemacht zu haben. Mehrere Buchhändler wurde vorübergehend festgenommen, gegen Thomas gar Haftbefehl erlassen, da – so Bundesanwalt Fischer damals – „im Bochumer Fall die Beweislage evident sei". Evident war damals wie heute bestenfalls die Tatsache, daß die BKA-Schnüffler insgesamt sieben Exemplare besagter Zeitschrift sowie einen Karton mit Aufklebern aufgetrieben hatten, der unter Verschluß stand. (Nähere Einzelheiten sind dokumentiert in der Broschüre „88 a in Aktion oder wie man Bücher verbrennt ohne sich die Finger schmutzig zu machen", die mittlerweile selbst Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens ist.)

Wie es zu den Ermittlungsverfahren gekommen ist, was die Bulien mit ihrer kriminellen Phantasie daraus gemacht haben geht nun aus der Anklageschrift hervor. Anfang Juni 76 wurde bei der Hauptpost in Güthersloh ein Paket an das Sozialistische Zentrum in Berlin aufgegeben, das Jedoch als unzustellbar an den vermeintlichen Absender zurückgeing. Dieser - die Falken in Bielefeld - öffneten das Paket und stellten fest, daß der Inhalt - ca. 100 Exemplare des Revolutionären Zorns - beim besten Willen nicht aus den Reihen der SPD-nahen Jugendorganisation stammen könne. Der Bezirksvorsitzende der Falken wußte sich in dieser Situation nicht anders zu helfen, als flugs die örtliche Polizei zu Rate zu ziehen (!), die ihrerseits wieder das BKA einschaltete. Entsprechende Nachfragen bei der Hauptpost in Gütersloh ergaben schließlich, daß nicht nur ein, sondern sage und schreibe acht Paktete mit unterschiedlichen Adressaten aufgegeben worden waren. In der sicheren Überzeugung nun den Verteiler des Revolutionären Zorn ausfindig gemacht zu haben, leitete Buback Ermittlungsverfahren gegen die Empfänger ein und gab Signal zur Durchsuchung der betreffenden Läden und Wohnungen in der kühnen Hoffnung, nicht nur Restexemplare des ZORNs, sondern über die Verteiler auch die Hersteller dingfest machen zu können – deswegen die fieberhafte Suche nach Bestellformularen, Rechnungen, Zahlungsbelegen. Die Hoffnung erwies sich jedoch wie so oft als trügerisch. Also bedurfte es – auch das nicht sonderlich originell – einer neuen Theorie. In Bochum zumindest sei man, so Kohlmann, seines Zeichens Angehöriger der Abteilung T beim BKA, einem „Verteilerring" in Sachen „Terrorismus" auf die Schliche gekommen. „Erhärtet" wurde dieser Verdacht durch die vielversprechende Spur, daß

– zwischen dem Bochumer Buchladen un der Essener Druckerei Gegendruck, zwar vermittelt über eine dritte Person, aber dennoch ein indirekter Draht bestehe,

– Thomas nicht nur in Bochum, sondern auch in der Buchhandlung Mighuel Hernandes in Essen Geschäftsführer sei.

Folgerichtig mußten auch dort Hausdurchsuchungen angeordnet werden, einen Tag später zwar, aber dafür umso gründlicher. Da zu befürchten war, daß Thomas aus dem Polizeigewahrsam entlassen werden mußte, ehe die Durchsuchungen abgeschlossen waren, wurde mit Erfolg die Ausstellung des Haftbefehls beantragt, getreu der Devise: erstmal einsperren, Gründe finden sich immer. Als sich dennoch wider Erwarten und trotz besten Bemühens nichts finden ließ, was in den Hirnen des BKA doch hätte auffindbar sein müssen, wurde der Haftbefehl wieder aufgehoben, stattdessen die Dauerüberwachung angeordnet. Die Telefonanschlüsse sowohl im Laden wie auch in der Wohnung wurden eingestandenermaßen angezapft, der gesamte private und geschäftliche Schriftverkehr

überprüft, Thomas selbst mit beträchtlichem Aufwand bis in Deutschlands Norden zunächst verdeckt, später offen observiert. Auch hier schließlich nichts als Mißerfolge.

Ein Spiegelbild dieser Kette von Fehlanzeigen ist nun die vorliegende Anklageschrift. Sie gibt ein Muster dafür, was an § 88 a-Verfahren möglicherweise auf diejenigen zukommt, die sich mit der Herstellung, dem Vertrieb, dem Lesen von Literatur befassen, die am Gewalttabu rührt, ja weiter den Prozeß der gesteuerten Gleichschaltung öffentlichen Denkens zu stören sucht. Wo Taten fehlen, muß die Gesinnung herhalten. Wo Gesinnung nicht nachweisbar ist, zielt die Anklage auf die Biographie, den Umgang, Kontakte. Nur ein Beispiel: als Beweis für die Behauptung, Thomas habe wissen müssen, daß es sich bei dem Revolutionären Zorn um eine Zeitung mit strafbarem Inhalt handelt, wird u.a. aufgeführt, daß er

– sich seit seiner Studentenzeit in linksextremen Kreisen bewegt hat,
– sich seit seiner Bestellung zum Geschäftsführer in Bochum und Essen ausschließlich mit dem Vertrieb linksextremer Literatur befaßt habe,
– mehrfach einen „Anarchisten" in U-Haft besucht hat,
– über den Laden den Vertrieb von Druckschriften an politische Gefangene organisiert hat.

Die Entscheidung über die Zulassung des Hauptverfahrens vor der Staatsschutzkammer steht noch aus, eine konkrete Terminierung ebenso. Wir sind dennoch der Ansicht, daß – weil dem Prozeß als dem voraussichtlich ersten § 88 a-Verfahren besondere Bedeutung zukommt – mit der konkreten Vorbereitung sowohl auf der politischen als auch der juristiischen Ebene bereits jetzt begonnen werden muß. Aus diesem Grund hat sich in Bochum vorläufig eine Gruppe gebildet, die u.a. Material aufarbeiten, Öffentlichkeitsarbeit sicherstellen und mögliche Aktionen vorbereiten will. Dabei sind wir auf möglichst breite Unterstützung angewiesen, was zunächst heißt:

1. Wo gibt es noch Leute oder Gruppen, die über den § 88 a/ § 130 a gearbeitet haben oder arbeiten und uns bisher nicht veröffentlichtes Material zur Verfügung stellen können?
2. Wer kennt sich mit Zensurbestimmungen in den sogenannten westlichen Demokratien aus, auf die sich die Gesetzesmacher so gerne beziehen, wenn es gilt, ihren eigenen Dreck auch noch zu legitimieren?
3.Wer hat schon mal die deutsche Geschichte nach Zensurbestimmungen, verbotenen Schriften, Widerstand gegen Zensur durchforstet, von 1870/71 bis zu den Nachwehen des KPD-Verbots sind wir an allem interessiert?
4. Wer hat gute Erfahrungen mit Aktionen gegen den § 88 a und gibt uns Tips?
5. Vor allem: wer hat im Moment selbst ein Verfahren wegen § 88 a am Hals und ist an einer Zusammenarbeit interessiert?
6. Schließlich – wir trauen uns kaum, es auszusprechen: wer hat Geld? Diesbezügliche Spenden nimmt unser Konto 333 01 391 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Rechtshilfefond VLB/NRW gern entgegen.

Wir rechnen mit Eurer Solidarität, denn dieser Prozeß ist nicht nur Bochumer Bier oder wie es der Verband Linker Buchhandlungen im August letzten Jahres ausdrückte: „Für die Situation im Buchhandel bedeutet (dieses Verfahren) den Versuch, alle kritische Literatur, möglichst jede Diskussion über die herrschenden kapitalistischen Gewaltverhältnisse zu unterdrücken. Der § 88 a und sein Zwillingsbruder § 130a sind Werkzeuge dazu. Die Verhaftung des Bochumer Buchhändlers Thomas K, ist dabei zufällig. Es hätte jeden von uns treffen können.

Kontakt: Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22, Postfach 1942, 4630 Bochum, Tel. 0234/702336

RICHTER JOERES: AUFRUF ZUM RUSSELL TRIBUNAL IST VERUNGLIMPFUNG DES STAATES

DÜSSELDORF
1. Juni

Mit einiger Verzögerung erhielten wir den Beschluß des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 9. Mai, in dem der Ermittlungsrichter Joeres einen Brief an Gerhard Albartus (der in der JVA Köln-Ossendorf sitzt) von der 'Weiterleitung' ausschließt und bestimmt, daß er 'zur Habe' gelegt werden soll.
Gerd Albartus wurde im Januar dieses Jahres zusammen mit EnnoBorstelmann verhaftet. Die beiden werden beschuldigt, Mitglieder der 'Revolutionären Zellen' zu sein und einen Brandsatz in einem Aachener Kino gelegt zu haben, wo der 'Entebbe'-Film lief. Die beiden sind seitdem in strengster Isolationshaft.

Hier der volle Wortlaut der Begründung:

„Die Sendung enthält ein gedrucktes Flugblatt mit der Überschrift „Zur Vorbereitung des Russell-Tribunal über die Repression in der BRD." Insbesondere unter der Überschrift „Aufruf des Initiativausschusses" enthält es Schilderungen über die staatlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, die den Tatbestand eines Vergehens nach § 90 a Abs. 1 Nr. 1 StGB erfüllen. Angesichts dessen erfüllt die Weitergabe des Flugblattes den Tatbestand der „Verbreitung" i.S. dieser Bestimmung. Die Weitergabe eines Schreibens in Kenntnis seines strafbaren Inhalts muß als ein Umstand angesehen werden, der geeignet ist, die Ordnung in der Anstalt zu gefährden. Gemäß Nr. 34 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 3 UVollzO i.V.m. § 119 Abs. 3 StPO war die Sendung daher von der Weiterleitung auszuschließen. Der Brief war gemäß Nr. 36 Abs. 3 UVollzO zur Habe des Beschuldigten zu nehmen."

Was immer auch für ein Flugblatt das gewesen sein mag, es wird hier ausdrücklich auf den „Aufruf des Initiativausschusses" Bezug genommen, und den muß man dann doch nochmal zur Kenntnis nehmen:

„Aufruf des Initiativausschusses

Ein Initiativausschuß, dem Personen aus den unterschiedlichen Bereichen des politischen, kulturellen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Lebens angehören, hat sich am 8.1.1977 in Frankfurt konstituiert.
Er befaßt sich mit Formen politischer Unterdrückung in der BRD und dem Modellcharakter, den diese für andere Länder anzunehmen beginnt.
Di skutiert wurden Berufsverbote und strafrechtliche Verfolgung politischer Meinungsäußerung, Zensur und Disziplinierung in den Medien, in kulturellen, kirchlichen und anderen Instituten, die Einschränkung von Rechten der Angeklagten und ihrer Verteidiger, die Verschärfung der Haftbedingungen, der besorgniserregende Ausbau des Polizeiapparates und der Geheimdienste sowie paramilitärische Einsätze gegen Bürgerinitiativen, die verschärfte Anwendung ausländerrechtlicher Bestimmungen, Berufsverbote gegen Frauen, die legal abgetrieben haben, die Aufstellung 'schwarzer Listen' in den Betrieben und die Bespitzelung Belegschaftsangehöriger auch durch private Dedekteien, der zunehmende Druck auf die Gewerkschaften, unter anderem durch die Anwendung eines „Verbändegesetzes" und die Praktizierung eines Radikalenerlasses in den Gewerkschaften selbst.

Der Initiativausschuß bittet die Bertrand Russell-Stiftung im Hinblick auf ihre politische und moralische Autorität, diese Entwicklung zu untersuchen und empfiehlt hierzu, ein unabhängiges Tribunal einzuberufen."
(aus: Informationsbulletin zum Russell-Tribunal gegen Repression in der BRD)

„MODELL DEUTSCHLAND": GASTFREUNDSCHAFT

HAMBURG 25. Mai

Ein Genosse aus Großbritannien schickte uns einen Bericht über seine Erfahrungen mit der deutsch-englischen Polizei-Zusammenarbeit:

„Ich habe 3 1/2 Jahre in Großbritannien gesessen — wegen politischem Widerstand — und wurde Februar dieses Jahres entlassen. Ich habe die ersten zwei Wochen in England verbracht, wo mir in London aufgefallen ist, daß die Bullen mir nachgingen. Ich bin dann am 4.3. mit der Fähre in Hamburg angekommen und wurde gleich bei der Paßkontrolle aufgeschnappt, wo sie auf mich gewartet hatten; mein Paß wurde mir weggenommen. Erstens wurde ich in ein separates Zimmer gebracht, wo sie durch meine Sachen gewühlt haben. Danach brachten sie mich zu 'Brücke 4', was ein Hafenbullenrevier ist. Da warteten zwei Typen auf mich, ein Ziviler und ein Uniformierter. Sie haben mir erzählt, daß dies nur Routine sei und ich nur so willkürlich ausgesucht wurde. Die ganze Zeit lasen sie in einer Akte über mich, die wohl auch nur ganz zufällig da war. Ich wurde dann für eine halbe Stunde ausgefragt über mich und meine Familie, auch was meine 80-jährige Großmutter, eine Deutsche, macht. Zuletzt wurde mir gesagt, daß es wohl schwierig sein wird eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. Ich bekam meinen Paß wieder und durfte gehen, mit einem 3-Monats-Touristenvisum.

Zwei Tage danach fuhr ich zu Genoss(inn)en, die Urlaub auf Fehmarn machten. Da fiel uns gleich auf, daß die Bullen uns beobachteten. Es waren bestimmt drei Autos und das ging für die nächsten zwei Wochen ziemlich offen zu.

Als wir aus Fehmarn zurückkamen, fand ich raus, daß 'Sozialarbeiter' bei Nachbarn von meiner Mutter und Großmutter angerufen haben, um sich über mich und meine Verwandten zu erkundigen. Nachfragen stellten fest, daß das Sozialamt nichts davon wußte.

In Hamburg wurde ich für die nächsten zwei Wochen mit gezieltem Terror verfolgt. Danach ging es nur ab und zu weiter.

In Hamburg hab ich mich mit meiner Situation, also warum Observation und der politischen Situation hier auseinandergesetzt. Über den vierten Hungerstreik der RAF-Gefangenen und meine eigene Erfahrung, über noch in G.B. inhaftierte Genossen, politische Gefangene, fing ich an, einen Begriff von Zusammenhang und der internationalen Rolle der BRD zu bekommen und orientierte mich danach.

Anfang April hab ich eine Aufenthaltserlaubnis beantragt und einen Job vorgewiesen. Als ich Ende April telefonisch nachfragte wurde mir gesagt, ich könnte sie abholen. Als ich eine Woche später hinging, rief die Tante bei den Ausländerbullen eine Nummer an, gab ihren Namen und eine Code-Nummer durch, dann meinen Namen und Geburtsdatum. Nach fünf Minuten kam eine Antwort. Sie hat zugehört und was aufgeschrieben, dann fragte sie: „nun soll ich oder nicht", die Antwort war wohl nein, weil sie zurückkam und mir sagte: weil Untersuchungen gegen mich laufen, was für welche wußte sie nicht, könnte ich erst nur eine Fristverlängerung bis zum 25.6. bekommen. Dann muß ich wieder nachfragen. Bevor ich wegging, hab ich noch ihren Zettel angeguckt, darauf stand: „Zur Überwachung fd24 77/77" und eine Telefonnummer. Auf einem anderen Zettel standen fünf Telefonnummern, wie ich mitbekommen habe, mußte sie alle anrufen.

Am 6.5. flog ich nach Großbritannien, um mit Genoss(inn)en an einer Veranstaltung über Repression in der BRD teilzunehmen. Als ein Genosse und ich auf der Rückreise am 9. am Gatwick Airport ankamen, um nach Hause zu fliegen, warteten die Bullen (Special Branch) bei dem Fluggesellschafts-counter, wo man einbuchen muß. Die Bullen haben gesagt, es wär Routine und sie wußten nicht, wo und wann wir abfliegen wollten, und wollten sich nur vergewissern, daß wir abhauen. Der Fluggesellschaft wurde dann von den Bullen erlaubt, uns Tickets zu geben. Auf dem Weg zur Paßkontrolle fielen uns ein Gepäckträger und eine Vorarbeiterin von der Fluggesellschaft auf, die mit meiner Tasche rumliefen. Wir haben sie angehalten und gefragt was das sollte, weil meine Tasche auf dem Flugzeug sein sollte. Nun, sie mußte nachgeprüft werden. Durch die Paßkontrolle sind wir gut durchgekommen, aber auf der anderen Seite wartete ein hohes Zollschwein auf uns, der uns nach unseren Pässen fragte. Nun, sagte er, dies wär eine normale Devisenkontrolle und wieviel Geld wir bei uns hätten. Wir zeigten unsere ganzen 7 Pfund (28 DM) und er war wohl nicht damit zufrieden, da er uns in ein kleines Zimmer nahm, wo unsere beiden Taschen , die eigentlich schon geladen sein sollten, auf uns warteten. Es kamen diverse Bullen dazu und unsere Taschen, besonders das Schriftliche, wurden untersucht. Es hat sie wohl ziemlich interessiert, da sie alles Schriftliche trotz heftigem Protest wegnahmen. Unsere Person wurde durchsucht, wir wurden mit dem „prevention of terrorism act" gedroht, was erstmal 7 Tage Haft und totale Kontrolle heißt. Dann kam das Schriftliche zurück und die Pässe, wir durften gehen. Das Flugzeug hat ganz geduldig auf uns gewartet, trotz Verspätung.

Das Ganze, was wir am Flughafen gelernt haben, ist: immer die Offensive zu behalten. Wegen unserem ständigen Motzen wurden die Schweine sehr nervös,und sie haben mehrere Fehler gemacht. Als letztes wird mal wieder klar gemacht, daß die internationale Zusammenarbeit von dem executive arm der Imperialisten(die Bullen) trotz politischer Differenzen gut klappt."

ENGLISCHE ZUSTÄNDE

FRANKFURT 1.Juni

Dieser Bericht über eine Arbeitsveranstaltung in London vom 6. — 9. Mai wurde uns von einem Frankfurter Teilnehmer geschickt:

„Die Veranstaltung sollte über den Stand der Repression in der Bundesrepublik informieren. Die verschiedenen Arbeitsgruppen — Kernkraftwerke, Innere Sicherheit, Gefängnisse und Justiz, Frauen, Zensur, Situation der Ausländer, Berufsverbote — hatten Beiträge ausgearbeitet, die zumeist schriftlich in englischer Übersetzung vorlagen. Die technische Vorbereitung selbst ist von London aus durchgeführt worden.

Für Freitag war eine Pressekonferenz angesetzt in den Büroräumen einer Londoner Anwaltssocietät. Die englischen Genossen hatten etwa 20 Journalisten angeschrieben, gekommen waren ganze zwei. Immerhin war darunter ein Mitarbeiter der BBC, der für das Fernsehen einen größeren Bericht vorbereitet und zu diesem Zweck auch in der Bundesrepublik recherchiert. Bei dem BBC-Beitrag stehen die politischen Prozesse, an erster Stelle Stammheim, im Vordergrund: Der Prozeß als Monstrum, durchgeführt in einer waffenstarrenden Festung hatte schon zu Beginn des Verfahrens in England Schlagzeilen gemacht.
Bei dem Thema Stammheim stößt man gerade auch bei englischen Juristen immer wieder auf allergrößtes Erstaunen und Kopfschütteln. Darüber, mit welcher Plumpheit und Unverhohlenheit seitens des Staates alles das an sogenannter Rechtsstaatlichkeit aufgegeben worden ist, was bisher im Inland und gerade auch im Ausland den Leuten als deutsche Wertarbeit verkauft wurde. Die Verschleierung der Vernichtung des politischen Gegners ist voll und ganz mißlungen, die ganzen monströsen Verfahren waren umsonst. Vor aller Augen ist klar, und das erkennen vielleicht Ausländer viel eher, als wir hier: es ist blanke Macht und nicht Recht geübt worden auf derbe deutsche Art, die derartige Spuren gelegt hat, daß es dem ausländischen Betrachter schaudert.

Die Vorbereitungsbesprechung der Arbeitskonferenz am Freitagnachmittag war vom Tagungsort her interessant: Eine alte umfunktionierte Kapelle mit Nebenräumen als Stadtteilzentrum in einem Sanierungsviertel. Wüste Gegend mit Abrißhäusern, Wohnsilos, Krach, Dreck, alles buntgemischt und irgendwie irre. Keine Wand ist dort vor starken Sprüchen sicher: I always thought Home was a former Prime Minister until I discovered Squatting – etwa: Bei dem Wort Home habe ich früher immer nur an den ehemaligen Premierminister (namens Home) gedacht, bis ich das Haus-Besetzen entdeckte.

Die Zahl der Hausbesetzer muß mittlerweile in London weit über 100 000 betragen, denn 20 000 Häuser sind besetzt. Daran sind alle Schichten der Bevölkerung beteiligt und es gibt nicht wenige Arbeiter, für die ein Wohnen auf andere Art und Weise überhaupt nicht mehr vorstellbar ist. Es ist klar: In England herrschen andere wirtschaftliche Verhältnisse, spürbare Armut, die rechtliche und tatsächliche Ausgestaltung von Eigentum an Häusern, ihre Bauart sind anders. Aber warum ist es dort möglich, daß massenweise Eigentum alternativ genutzt wird und bei uns läuft überhaupt nichts?

Warum beteiligen sich in Italien Millionen an Reduktionskampagnen und zahlen nur 90% und weniger von Licht, Wasser, Gas und Telefonrechnungen und hier sind noch nicht einmal Genossen in der Lage, etwa ihre Rechte auf Mietminderungen wahrzunehmen. Diese Sachen können und müssen auch hier laufen.

Zu den aktuellen Kämpfen und politischen Auseinandersetzungen in England gab es nach einem Stadtteilfest einen ausgezeichneten Lichtbilderbeitrag (übrigens von einem Urahn der deutschen Studentenbewegung aus Frankfurt, auch aus Paris bekannt). Die stärksten Szenen waren über den Gefängnisaufstand in Hull im Sommer 1976: Hier hatten 120 Gefangene – darunter auch einige aus der Angry-Brigade – aus Protest gegen die Haftbedingungen das Gefängnis übernommen. Danach gab es keine Akten mehr, das Dach war abgedeckt, das ganze Gebäude wurde auf seine wesentlichsten Bestandteile zurückgeführt. Die Gefangenen wurden von der Bevölkerung als „ihre Gefangenen" unterstützt, der Haß auf die Bullen, die den Aufstand niederschlugen, war drinnen und draußen gleich groß.

Der Kampf der Gefangenen wird wie bei uns gegen Isolation, Einzelhaft, Psychiatrisierung geführt. Die Gefangenen in England unterscheiden nicht zwischen politischen und unpolitischen Gefangenen, ihre Forderungen sind klar: Weg mit allen Mauern, solang es Gefängnisse gibt, ist es ziemlich egal und zufällig wer drin ist; gequält werden sie alle, jeder kommt kaputter raus, als er rein geht, aber auch mit mehr Haß und Entschlossenheit, zu kämpfen.

Die eigentliche Veranstaltung war für unsere Verhältnisse nicht umwerfend. Informationsvermittlung war das wichtigste, auf jeden Fall hat sich die Mühe gelohnt, mit den englischen Genossen Kontakte herzustellen, die aber weiter ausgebaut werden müssen, bevor man richtig zusammenarbeiten kann.

PROTEST GEGEN DISKRIMINIERUNG AUSLÄNDISCHER GEFANGENER

KÖLN 1. Juni — *Über zwei italienische Gefangene erhielten wir einen Brief, der an den Gefängnis-Beirat der JVA Köln gerichtet ist:*

„Betr.: Schärfste Protesteinlegung von seiten aller italienischen und anderen ausländischen sowie auch deutschen U-Haft-Gefangenen gegen Diskriminierungen, denen ausländische Gefangene fast täglich durch einige diensttuende Justizbeamte der JVA Köln ausgesetzt sind.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Eben benannter Zustand wird deutlich, wenn man sich z.B. die Szene vor Augen führt, welche am Abend des 6.5.77 im Fernsehraum der Abt. III rechts, Haus II, stattfand und die symptomatisch ist für die Behandlung der ausländischen Gefangenen in der JVA Ossendorf und nicht nur hier. Angesprochene Szene war der auslösende Faktor dieser Protestnote.

Ausgerückt in den Fernsehraum, setzten sich die beiden o.g. Mitgefangenen an einen provisorisch dafür hergerichteten Tisch, um Karten zu spielen, da sie der deutschen Sprache fast völlig unkundig und von daher auch nicht die gezeigten Sendungen nachvollziehen konnten; sie störten dabei aber keineswegs den ruhigen Verlauf des Fersehprogramms. Trotzdem erschien nach einer gewissen Zeit ein Bediensteter und verbot ihnen rigoros das Kartenspiel, daraufhin versuchten o.g. mit dem wenigen, dessen sie der deutschen Sprache mächtig, dem Beamten zu erklären, was es für einen Sinn habe, ein Programm anzuschauen, welches sie nicht verstünden, der Beamte ging über diesen Einwand mit nahezu grinsender Mimik hinweg und blieb bei seinem starren Verbot. Nachdem der Beamte den Raum verlassen hatte, spielten die Mitgefangenen weiter (was sollten sie auch sonst tun, außer der 'Alternative', zurück ins Betonschließfach zu gehen, gab es nichts), und da die Gefangenen des Hauses II allgemein gegenüber Gefangenen anderer Häuser bezüglich des Freizeitangebotes stark benachteiligt sind, ist ihre Handlungsweise z u m i n d e s t gerechtfertigt.

Nach einiger Zeit erschien der Beamte, mittlerweile mit Verstärkung, wiederum im Fernsehraum (falls man also vom Aspekt der Störung ausgeht, ließe sich ohne weiteres anführen, die einzigen, die den 'ordentlichen und ruhigen' Weiterverlauf störten, waren JVA-Bedienstete und nicht etwa o.g. Gefangene) und machte den beiden in geradezu provokativer Art und Weise (welche an deutsche Zeiten anno 33 erinnert) deutlich, "Wenn Sie jetzt nicht sofort aufhören mit dem Kartenspielen, nehme ich Ihnen die Karten weg und Sie gehen auf Ihre Zellen". Um der Situation die Spitze und Schärfe zu nehmen, machten die Gefangenen, wie schon so oft, die sinnbildliche Faust in der Tasche und hörten auf, Karten zu spielen.'

Die deutschen Gefangenen, welche die Szene mitverfolgten, fühlten sich davon betroffen und unterzeichneten den Protest mit großem Maß an Solidarität gegenüber ihren ausländischen Mitgefangenen und der Bitte, gerichtet an den Gefängnis-Beirat, sich f ü r die ausländischen Gefangenen einzusetzen, damit solche Exzesse und o f f e n zur Schau gestellter Rassismus sowie gröbste Unterdrückung von Minderheiten n i c h t weitere Kreise ziehen kann, sondern sich die Verantwortlichen ihres Fehlverhaltens bewußt werden und eventuell d o c h auf den Boden der freiheitlich-demokratischen-Grundordnung zurückfinden."

VERENA BECKER UND SABINE SCHMITZ IM HUNGERSTREIK

STAMMHEIM/ AICHACH 2.Juni — In den Vollzugsanstalten Stuttgart-Stammheim und Aichach sind die Gefangenen Verena Becker und Sabine Schmitz am 25.5.77 in den unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie fordern ihre Zusammenlegung mit den im 7.Stock der Stammheimer Anstalt inhaftierten Gefangenen aus der RAF: Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Irmgard Möller und Ingrid Schubert.

Der Leiter des Stammheimer Gefängnisses hatte ihnen am 30.4.77 „auf verbindliche Erklärung des Justizministeriums" mitgeteilt, daß „unter Berücksichtigung der Forderungen der medizinischen Gutachter sofort eine Konzentration

politischer – d.h. Gefangener nach § 129 StGB – auch aus anderen Bundesländern in Stammheim und eine Vergrößerung des Haftraums in die Wege geleitet wird."

Diese Entscheidung ging auf einen Kabinettsbeschluß zurück, der im Einvernehmen mit anderen Bundesländern und der Bundesregierung ergangen ist. Das in London tagende internationale Exekutiv-Komitee der Gefangenen-Hilfsorganisation Amnesty International hatte in gleichlautenden Telegrammen vom 28.4.77 an die Bundesregierung in Bonn, den Bundesjustizminister, den Justizminister von Baden-Württemberg und den Leiter der Vollzugsanstalt Stammheim darauf hinwiesen, daß die Haftbedingungen im Rahmen der UNO-Bestimmungen über Folter und unmenschliche Behandlung gesehen werden müßten. Im gleichen Telegramm hatte das internationale Exekutiv-Komitee gefordert, daß die Unterbringung der Gefangenen den Richtlinien der ärztlichen Gutachter entsprechen solle.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg versucht inzwischen, die Erfüllung ihrer Zusage zu verzögern. Anstatt Verena Becker und Sabine Schmitz im 7.Stock des Stammheimer Gefängnisses unterzubringen oder sie wenigstens in Stammheim zu belassen, wurde Sabine Schmitz am 24.5.77 nach Aichach verlegt. Bei Verena Becker ordnete der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs ihre Verlegung in die JVA Bühl an.

Verena Becker und Sabine Schmitz werden ihren Hungerstreik fortsetzen, bis der Verlegungsbeschluß bei Verena Becker aufgehoben und bis Sabine Schmitz nach Stammheim zurückverlegt wird.

(Presseerklärung der IVK-Sektion BRD – Klaus Croissant)

BRUTALE „WAHLGEGENÜBERSTELLUNGEN"

BERLIN
26. Mai

Die Berliner Anwälte Eschen, Ströbele und Spangenberg schickten uns folgende Information:

1. Am Samstagmorgen, 21. Mai 1977, wurden die Untersuchungsgefangenen Fritzsch, Klöpper, Meyer, Reinders, Teufel und Vogel, denen u. a. die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz vorgeworfen wird, sowie die Untersuchungsgefangenen Eberhard Dreher, Norbert Kröcher und Manfred Adomeit gegen 7.45 Uhr zu einer sogenannten Wahlgegenüberstellung in das Polizeipräsidium am Tempelhofer Damm verbracht. Vor der Gegenüberstellung wurde bei Reinders, Vogel, Teufel und Fritzsch zwangsweise die Haar- bzw. Barttracht verändert. Teufel wurde zwangsweise umgezogen.

   Die Gegenüberstellung wurde im Polizeipräsidium so durchgeführt, daß jeweils zwei bzw. drei Gefangene und fünf bzw. vier sogenannte Füllpersonen vor einem venezianischen Spiegel standen. Hinter jeder Person standen mehrere Staatsschutzbeamte (Mitglieder des Sondereinsatzkommandos – SEK). Diese Beamten hatten die Gefangenen an Knebelketten. Die Gefangenen, die während der Gegenüberstellung ihr Gesicht verzogen, die Augen schlossen oder ihren Kopf senkten, wurden von den SEK-Beamten mit Schlägen und Tritten in die Nieren und mit Schlägen an den Kopf bedacht. Zudem zogen die SEK-Beamten die Knebelketten an. Dies geschah mit dem Hinweis, die Gefangenen sollten es unterlassen, ihr Gesicht zu verziehen, die Augen zu schließen oder den Kopf zu senken.

   Die Gefangenen mußten am Samstag vier- bzw. sechs Durchgänge dieser Gegenüberstellung bestehen. Ein Durchgang dauerte ca. 20 Minuten bis eine halbe Stunde. Bei jedem Versuch von Gefangenen, das Gesicht zu verziehen, die Augen zu schließen oder den Kopf zu senken, wurden die Knebelketten in brutaler Weise angezogen. Drei Gefangene wurden hierbei erheblich verletzt. Durch den Druck der Knebelkette platzte die Haut bei Ralf Reinders in Richtung Ellenbogen auf, die Knebelkette selbst verursachte blutige Verletzungen, das Blut trat aus den Fingernägeln. Ebenfalls blutige Verletzungen erlitt Andreas Vogel. Ronald Fritzsch wurde an beiden Handgelenken erheblich verletzt. Diese drei Gefangenen wurden am Abend in der Untersuchungshaftanstalt Moabit ärztlich behandelt. Es wurde ihnen Verbände angelegt.

   Die Gegenüberstellungsaktion wurde am Sonntag, dem 22. Mai 1977, fortgesetzt. Es wurde mit denselben Methoden gegen die Gefangenen vorgegangen. Die Knebelketten wurden teilweise über den Verbänden an denselben Stellen angelegt, die schon am Vortage verletzt worden waren. Die Knebelketten wurden erneut in brutaler Weise zugezogen, wenn Gefangene sich nicht so verhielten, wie die SEK-Beamten es wünschten.

   Die Verteidigung von Fritz Teufel hat am Morgen des 24. Mai 1977 Strafanzeige gegen die beteiligten Beamten wegen dieses Vorfalles erstattet. Es wurde gefordert, sofort einen Gerichtsmediziner zur Begutachtung der Verletzungen und der Ursachen für die Verletzungen zuzulassen, um Beweise zu sichern. Diesem Verlangen ist bisher nicht nachgekommen worden, obwohl man weiß, daß Verletzungsspuren sich sehr schnell verändern können.

   Bei der gesamten Aktion am Samstag und am Sonntag war ein Vertreter der Bundesanwaltschaft, Herr Staatsanwalt Dörfler, anwesend. Die Verteidigung wird gegen diesen Staatsanwalt ebenfalls Strafanzeige erstatten.

   Die Forderung, sofort einen Gerichtsmediziner zu den Gefangenen zu lassen, damit er ein Gutachten erstellen kann, um die Beweise zu sichern, wird hier öffentlich wiederholt.

   Die Verteidiger sind der Ansicht, daß dieser Vorfall einer rückhaltlosen Aufklärung bedarf.

2. Der Bundesrichter Kuhn leitete heute eine Haftprüfungsverhandlung gegen Fritz Teufel. Hier wurde vom Vertreter der Bundesanwaltschaft mitgeteilt, die Ermittlungen stünden kurz vor dem Abschluß. Dieselbe Mitteilung wurde jedoch schon Anfang dieses Jahres gemacht. Die Verteidigung stellte wegen der vermuteten Verzögerung des Verfahrens an die Bundesanwaltschaft vier Fragen, die in einer dienstlichen Erklärung des federführenden Bundesanwaltes beantwortet werden sollen:

   1. Warum hat sich bei der Durcharbeitung der Ermittlungsakten durch die Bundesanwaltschaft die Notwendigkeit neuer Ermittlungen ergeben? Waren neue Ermittlungen erforderlich, weil die Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin Mängel aufwies?
   2. Wann sind 90 Gutachten, die von der Bundesanwaltschaft in einer Stellungnahme zur Frage der Haftfortdauer erwähnt worden sind, eingegangen?
   3. Warum wurde ein angeblicher Tatzeuge betreffend die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Lorenz dem Beschuldigten erst am 28. Januar 1977 gegenübergestellt?
   4. Warum fand eine Gegenüberstellung mit – dem Vernehmen nach – 140 Zeugen erst am 21./22. Mai 1977 statt? Warum war dies nicht früher möglich?

   Die Verteidigung ist der Ansicht, daß das Hauptverfahren erst dann durchgeführt werden soll, wenn das Urteil gegen Siepert und Doemeland rechtskräftig ist, damit es in der Hauptverhandlung gegen die angeblichen Haupttäter zum Beweis dafür verlesen werden kann, daß eine kriminelle Vereinigung Bewegung 2. Juni existiert hat.

3. Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes Kuhn gab wegen der isolierenden Haftbedingungen der Gefangenen heute bekannt, daß er der Ansicht sei, die Gefangenen sollten mit weiteren Gefangenen in einem sogenannten Hochsicherheitsbereich der Untersuchungshaftanstalt Moabit (sogenannter Turm) zusammengelegt werden. Zu der Möglichkeit gemeinsamer Freistunden sollte die Möglichkeit von Umschluß geschaffen werden.

... ZUSAMMEN HALTEN WIR DIE BAGGER DANN AUF

KÖLN
1. Juni

Es tut sich was, es tut sich was
in Nippes vergeht jetzt den Bonzen der Spaß
wir haben uns alle zusammengetan
wir wollen keine Stadtautobahn.

Den Grüngürtel, den brauchen wir
ohne die Bäume ersticken wir hier
es stinkt nach Benzin und Autoqualm
weil viel zu viel Autos in Köln rumfahrn

Über was können wir uns in Köln noch freun
wenn die Bagger die Bäume und Wiesen abräumn
Im 4. Stock in nem Parkhochhaus
das hält doch wirklich kein Mensch mehr aus

Das Geschäft mit der Autobahn
tun die Bonzen von unseren Steuern bezahln
und tun sich damit Millionen verdien
und mit den Millionen dann ins Grüne ziehn.

Wir müssen leben in Lärm und Gestank
und unsere Kinder die werden all krank
tun die Bonzen uns den Grüngürtel klaun
dann sollte man ihnen den Arsch
dann sollte man ihnen mal den Arsch verhaun.

Leute kommt her nach Nippes zu Hauf
zusammen halten wir die Bagger dann auf
der Autobahnbau kann nicht weitergehn
wenn jung und alt zusammenstehn.

Kölner Straßenmusiker

Im ID 177 und 178 berichteten wir über die geplante Kölner Stadtautobahnund die Aktionen um und herum,und so sieht die Fortsetzung des Kampfes gegen die Zerstörung von Kön aus:

„Jeden Tag versammelten sich um unseren Infostand 50 - 100 Leute, um die Vorführung des Films zu sehen (die Kölner Wochenschau drehte einen Film über die Räumung des Bauplatzes). Im Anschluß an den Film wurde regelmäßig lange diskutiert, manchmal standen die letzten Leute noch am 9 Uhr abends am Paltz und debattierten.

Am folgenden Samstag/Sonntag, dem 14./15. haben wir den Platz wieder besetzt. Mit Kindertheater, Musik, Sackhüp-



DEMONSTRATION - GEGEN die ZERSTÖRUNG von KÖLN

fen und Nudelsalat feierten wir die erneute Besetzung. Sofort wurde wieder begonnen die Wüste lebendig zu machen. Beete wurden angelegt, Bäume angepflanzt und der SSK-Köln stellte ein Zelt zur Verfügung.

Am Montag, den 16.5. ging vom Bauplatz aus eine Demo „Gegen die Zerstörung von Köln" zu den abgerissenen Häusern im Hansaviertel auf der Bergisch-Gladbacherstr. Wir waren ungefähr 400 Leute, die da mit Musik durch die Viertel zogen. Unheimlich wichtig für die Vermittlung unserer Ziele war, wie schon bei Platzbesetzerei, die Musik der Kölner Straßenmusikanten, zumal die meisten Leute Klaus den Geiger und die anderen schon aus dem Kölner Einkaufszentrum kennen. An den Häusern in der Gladbacherstr. waren wir dagegen sehr von allem isoliert. Vor uns die abgerissenen Häuser, hinter uns die Bürobauten und die Straße abgesperrt von Bullen, die sich diese Isolation auch zunutze machten und prompt ein paar Genossen festnahmen.

Zu der Wohnraumzerstörung schreibt das Kölner Volksblatt:

Am 21. April hat der Stadtentwicklungsausschuß mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen, der Gothaer den Abriß von sechs teilweise noch sehr gut erhaltenen Wohnhäusern in der Gladbacher Straße genehmigt. Verwaltung und Rat beriefen sich zwar auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts, das die St adt verpflichtet, der Gothaer den Abriß zu genehmigen. Jedoch ist der Abriß nach dem Gesetz nicht möglich, da die Häuser zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zweckentfremdungsgesetzes bewohnt waren.

Als die Gothaer ihr Schmuckwerk in das Hansaviertel setzte, baute sie zwei Stockwerke höher als genehmigt. Jetzt ist diese Höhe für die Verwaltung Maßstab der künftigen Bebauungshöhe.

Im Dezember noch sollte die Gothaer verpflichtet werden, Wohnungen zu bauen. Jetzt spricht die Verwaltung davon, daß Wohnungen in den Neubauten der Gothaer zulässig seien. Auf die gesetzlich geforderte Beteiligung der Bürger an der Planung wird verzichtet, da bereits eine Bürgerbefragung stattgefunden hat. Ergebnis: wird von der Verwaltung geheimgehalten! Warum Wohl? Der Ratsausschuß hält es nicht für nötig, das Ergebnis der von der SPD Kalk gestellten Strafanzeigen wegen Wohnraumzweckentfremdung beim Regierungspräsidenten und beim Innenminister abzuwarten.



Das FREUNDSCHAFTSHAUS ist schon fast fertig

Daß dieses Gemauschel überhaupt an die Öffentlichkeit gelangt ist, ist den Bürgern des Hansaviertels und dem SSK zu verdanken. Bei ihren letzten großen Aktionen am 16. April haben sie damit begonnen, die leerstehenden Häuser zu renovieren. Mehrere Versuche vorher wurden jedesmal von der Polizei verhindert. Diesmal verlief es anders. Die Polizei hinderte sie nicht daran zu arbeiten, ließ sie entrümpeln, zeigte sogar teilweise Verständnis. Allerdings hatte die Gothaer von ihr verlangt, sie solle verhindern, daß der Schutt aus den Häusern abtransportiert werde: das sei Diebesgut! Deshalb lag dann auch der Müll drei Tage auf dem Bürgersteig.

Inzwischen sind die Eingänge wieder zugemauert, und ein Streifenwagen der Polizei steht Tag und Nacht davor.

Bei dieser Aktion ist öffentlich bekannt geworden, daß die Häuser zum Teil sofort beziehbar, zum Teil renovierungsbedürftig und zum Teil von der Gothaer zerstört sind.

Auf dem Platz ging es am Mittwoch, den 18.5. weiter, wo wir erneut vom Baugelände der St adtautobahn runtergeschmissen wurden. Aber wir ließen uns nicht erschüttern. Das Zelt vom SSK haben wir neu aufgebaut. Bäume wurden gepflanzt und Rasen neu gesät. Auf dem Platz ist immer irgend jemand der mit den Leuten redet und soweit es kräftemäßig möglich ist, wird jeden Tag der Info-Stand gemacht.

Wichtig ist für alle folgendes:
Wir müssen es schaffen den Platz brauchbar zu machen. Das heißt der Platz bleibt besetzt und wird weiterhin zum Kinderspielplatz und Volksgarten gemacht. Deshalb kommet zu Hauf und helft mit – Blumen einpflanzen – Kinderläden-Gärten benutzt den Platz, der Pfantasie sind keine Grenzen gesetzt – unterstützt unsere Arbeit auch mit Spenden auf das Sonderkonto : Volksgarten BfG Konto Nr. 2225621201

ASSE – DAS EINZIGE INTAKTE ATOMDEPOT DER WESTLICHEN WELT

Im Anti-KKW-Kampf wurde die Position des ehemaligen Salzbergwerks Asse im Atomenergieprogramm bis jetzt unterschätzt.
Hier sollen jetzt 100 000 hochradioaktive Brennelementkugeln aus dem Kernreaktor Jülich 'versuchsweise' endgelagert werden. Deshalb hat sich vor kurzem eine Bezirkskonferenz der Arbeitskreise gegen Atomenergie aus Braunschweig, Clausthal-Zellerfeld, Hildesheim, Salzgitter, Wolfenbüttel und Wolfsburg konstituiert. Sie erstellte eine 28seitige Broschüre: „Kein Atommüll in der Asse und anderswo", zu beziehen über den **Verein zur Förderung von Kultur und Kommunikation e.V., Postfach 100 764, 332 Salzgitter 1.**

An Pfingsten wurde ein Aktionstag in der Asse durchgeführt: Nachdem am Pfingstsamstag die Bevölkerung in den umliegenden Dörfern informiert wurde, bauten am Sonntag etwa 150 AKW-Gegener vor dem Gasthaus zur Asse ein Windrad und einen Sonnenkollektor auf und wanderten zur Asse. Das Interesse der Bevölkerung an der Aktion war gut, wenn auch passiv, ihre Einstellung zum Kampf gegen das Atommülldepot desto positiver, je weiter entfernt sie von der Asse lebt.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
verantwortlicher Redakteur:
Peter-Michael Borch

PROVINZTREFFEN DER JUZ–INITIATIVEN

Seckbach 24. Mai — Vom 20. bis 22. Mai fand in Seckbach (liegt im Zentrum des Dreieckes Würzburg - Heidelberg - Heilbronn) ein Provinztreffen dieser Region statt. Vertreten waren Leute aus Amorbach, Buchen, Gerolzhofen, Heilbronn, Marktheidenfeld, Bad Mergentheim, Mosbach, Wertheim, Walldorf, Eddingen, Ziegelhausen (DV Heidelberg). Dieses Provinztreffen, das in Form eines Seminars organisiert wurde ist Teil eines Gesamtkonzeptes regionaler Zusammenarbeit. Es besteht aus öfters im Jahr stattfindenden Treffen, die jeweils in Verbindung mit einem Fest, ein JZ-Eröffnung etc. stattfinden (das sogenannte „Amorbacher Modell" weil es dort entwickelt wurde) und diesen Seminar-Treffen, die einmal im Jahr stattfinden. Das erste fand zwischen 7. und 9.5.76 statt und wurde nun in diesem Jahr mit diesem erneuten Mai-Treffen fortgesetzt. Neben dem intensiveren Erfahrungsaustausch, den dieses Seminar brachte, hatte es vor allen Dingen die Funktion, Grundsatzdiskussionen zu führen und Schwerpunktthemen zu behandeln. Themen der Arbeitsgruppen waren: Besonderheiten von Juz in der Provinz / phantasievolle Aktionsformen / Politik in JZ / Konsumverhalten in JZ / Aufbau eines JZ. Über die Arbeitsgruppen hinaus wurde über die Möglichkeiten verbesserter Zusammenarbeit diskutiert (Perspektive: Veranstaltung eines Provinzkongresses aller Alternativgruppen dieser Region: Alternativ Presse, Landkommunen, WG-Leuten, AKW-Nein-Gruppen, JZ-Gruppen) und konkret geplant noch vor Sommer ein neues Treffen und Fest in Buchen (getragen von der dortigen JZ-Initiativgruppe) zu veranstalten. Als praktischer Solidaritätsbeitrag dieses Treffens wurde eine Solidaritätsresolution zu Heilbronn (Ziel: Wiedereröffnung des dortigen Jugendhauses; Wiedereinstellung des gefeuerten Sozialarbeiters, Erkämpfung der Selbstverwaltung) einstimmig angenommen, sowie die Leute von Schwäbisch-Gmünd, deren Hausbesetzung gescheitert ist und die Unterstützung für ihren Prozess benötigen durch eine Geldspende konkret unterstützt. Die Zusammenarbeit der JZ-Gruppen untereinander wird durch die weitere Herausgabe eines seit einem halben Jahr bestehenden Rundbriefes und über weitere Treffen fortgeführt.

Kontakt über: Aktion Jugendhaus Wertheim, Postfach 14, 6980 Wertheim

JOHANNISLUST FRISTLOS GEKÜNDIGT

Bielefeld . Mai — Am 21. Mai bekamen die Bewohner der Lust (ein gutes Dutzend) die fristlose Kündigung ins Haus. Das ist ein ganz schöner Hammer.

Seit sieben Jahren ist die Lust für viele Bielefelder ein alternativer Treffpunkt zu herkömmlichen Kneipen und Discotheken. So etwas wie die Lust gibt's hier kein zweitesmal, da sie sehr schön mitten im Wald und doch unheimlich zentral liegt.

Bevor es in Bielefeld ein selbstverwaltetes Jugendzentrum gab, galt die Lust hier als einziger Treffpunkt der Linken. Während der Hausbesetzung eines bisherigen JUZes Ostern73, spielte sie als Treffpunkt für die Hausbesetzer eine wichtige Rolle. Das besetzte JUZ wurde von Bullen geräumt, ein neues Haus war noch nicht gefunden, also spielte sich alles weiter auf der Lust ab. Zu dem Zeitpunkt kündigten wir der Stadt die Schankkonzenssion und betrieben das Haus seitdem ohne Konzenssion, von den Behörden nach anfänglichen Schwierigkeiten stillschweigend geduldet. Auch nachdem im Sommer '74 das AJZ (Arbeiterjugendzentrum) ein eigenes Haus bezog, blieb die Lust ein beliebter Treffpunkt. Seit die Erbengemeinschaft (zwei alte Tanten) um einen Typen (Hausbesitzer) reicher geworden ist, versuchen sie nun, uns zwecks Verkauf des Hauses rauszuschmeißen. Ein Kaufhausbesitzer aus Bielefels (alwa) hat auch schon Kaufabsichten geäußert. Wir werden nicht zulassen, daß wir unser Haus an so einen reichen Knacker, der schon genug Häuser besitzt, verlieren! Ihr werdet noch weiter von uns hören !

Hausversammlung Johannislust

JUGENDZENTRUM BESETZT

TORNESCH 31. Mai — Seit Freitag, dem 13. Mai, halten die Jugendlichen der Stadt Tornesch (Kreis Pinneberg) ihr Jugendzentrum besetzt. Vorausgegangen waren einige Ereignisse, die zahlreichen Tornescher Bürgern in Zukunft immer dann in Erinnerung kommen werden, wenn von der 'neuen sozialen Frage' geredet werden wird.

Von allen Parteien wurde dem Tornescher JZ bei einer Aktionswoche im Dezember 1976 zugesichert, daß ein Sozialpädagoge eingestellt werden solle. Diese Stelle ist seit März 77 ausgeschrieben; und es meldete sich ein Bewerber, der schon praktische Erfahrung mit den Tornescher Jugendlichen hatte, Matthias Steuber. Aber eben dieser Bewerber war der CDU nicht genehm. So wurde von dem dafür zuständigen Hauptausschuß die Einstellung immer weiter herausgeschoben; denn auch in Tornesch verfügt die CDU über die notwendige Mehrheit. Am 10. Mai sollte nun eine endgültige Entscheidung fallen. Das war für Matthias besonders wichtig, da er wegen der Hinhaltetaktik gezwungen war, sich auch noch woanders zu bewerben, wo er sich bis zum 12.5. zu entscheiden hatte. Die CDU trat zu der Sitzung nicht an und setzte durch, daß die Sitzung auf den 12.5. verlegt wurde. Auf der Hauptausschußsitzung vom 12. Mai hat die CDU dann die Einstellung von Matthias abgelehnt, obwohl die Finanzierung durch eine Eingliederungsbeihilfe des Arbeitsamtes schriftlich abgesichert war. Ein Jahr lang hätte die Stelle die Gemeinde keinen Pfennig gekostet; erst danach wären Kosten für Tornesch angefallen. Stattdessen hätte die CDU es lieber gesehen, wenn eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme des Arbeitsamtes Mittel für die Stelle bereitgestellt hätte. Der entsprechende Beschluß des Hauptausschusses war jedoch eine Farce, da das Arbeitsamt die Bereitstellung bereits abgelehnt hat. Mutet der Streit darüber, aus welchem Topf des Arbeitsamtes die Maßnahme nun bezahlt worden wäre, sowieso schon an wie der Streit um des Kaisers Bart, ist der Zeitpunkt der Entscheidung obendrein als besonders unerfreulich zu werten, da Matthias bis zum letzten Tag in Ungewißheit schwebte, ob er sich denn überhaupt bei der anderen Stelle bewerben konnte. Irgendetwas unternehmen muß er, denn er ist schon ein halbes Jahr arbeitslos und bezieht keine Unterstützung. Da alle erwachsenen Mitarbeiter des JZ aus Protest die Arbeit niedergelegt haben, kündigte die Verwaltung die Schließung des Hauses an. Am Freitag gab es dann eine Elternversammlung im JZ. Unmittelbar danach beschlossen die Jugendlichen, das Jugendzentrum vorerst nicht mehr zu verlassen. Eine in Schleswig-Holstein lange nicht mehr erfahrene Solidarität bewiesen die Eltern der Jugendlichen, die das JZ besuchen. Sie trafen sich sonntags im besetzten Haus, um einen Verein zu gründen, der die Trägerschaft übernehmen könnte. Sie sind gewillt, in jedem Fall die Offenhaltung des Jugendzentrums zu erreichen.

aus KooB Nr. 8 vom Mai 77, Koordinationsbüro der Jugendzentrumsinitiativen Schleswig-Holsteins (KooB), Stormarnstr. 14, 2070 Ahrensburg

„ORDNUNGSDIENST" AN DER UNI

HAMBURG 2. Juni — *In der Hamburger Thimotheus-Gemeinde arbeiten kirchliche Mitarbeiter mit alkoholgefährdeten, arbeitslosen, proletarischen Jugendlichen zusammen. Während der Streik-Tage an der Universität Hamburg sendeten sie folgenden Brief an den Uni-Präsidenten Fischer-Appelt.*

„Sehr geehrter Herr Fischer-Appelt!

Für den Streik an der Universität Hamburg haben Sie laut Presseaussage einen „Ordnungsdienst" bestellt, der gegebenenfalls gegen streikende Studenten eingesetzt werden soll. Uns ist aus unserer Praxis bekannt geworden, wie dieser „Ordungsdienst" zusammengestellt wird. An Plätzen, an denen sich arbeitslose, alkoholgefährdete und aggressive Jugendliche aufhalten, tauchen Anwerber auf, die für DM 80.- täglich und freies Mittagessen Leute suchen, die gegen streikende Studenten vorgehen sollen. Die durch die Notlage und täglich erfahrenen Frustrationen angestauten Agressionen dieser Jugendlichen werden auf diese Weise unkontrolliert gegen die Studenten eingesetzt. Keiner der Angeworbenen ist über die Hintergründe der Aktionen der Studenten wirklich informiert. Von den Anwerbern werden sie falsch informiert und aus der Presse kennen sie nur die Hetzartikel gegen die Studenten.

Wir bemühen uns in der Jugendarbeit unkontrollierte Aggressionsausbrüche abzubauen, indem wir den Jugendlichen ihre Situation klar machen und alternative Aktions-und Verhaltensmöglichkeiten anbieten. Durch den Einsatz solcher „Ordnungsdienste" werden aber gerade unkontrollierte Aggressionsausbrüche und aus Unkenntnis erwachsene Verhetzung ausgenutzt und staatlich legitimiert. Die Studenten eines solchen Bedrohung auszusetzen, halten wir für unverantwortlich.

Deshalb fordern wir Sie auf, den Streik der Studenten, dessen Ziele Sie ja inhaltlich unterstützen, nicht durch solche Mittel zu gefährden, und die Ziele unserer Jugendarbeit, die ja staatlich unterstützt wird, nicht durch den Einsatz von „Ordnungsdiensten", für die gefährdete Jugendliche herangezogen werden, zunichte zu machen."

DROGENTOTER IN FRANKFURT

FRANKFURT
2. Juni

Der Frankfurter Jugendring nimmt Stellung zu dem Tod eines Jugendlichen, der am 24. Mai an einer Überdosis Tobletten und Alkohol gestorben ist:

"Am Dienstagmorgen, dem 24. Mai 77, wurde im Haus Alte Gasse 38 einer der Bewohner tot aufgefunden. Er war an den Folgen einer Überdosis Tabletten mit Alkohol gestorben.

Im Haus Alte Gasse 38 hatten ehemalige Bewohner der Heime Ziegelhüttenweg und Zingelswiese, Klienten der Jugend- und Drogenberatungsstelle drop-in und frühere Betreuer versucht, in betreuten Wohngemeinschaften die Probleme dieser und neue hinzukommender Jugendlicher und junger Erwachsener zu lindern. Die Evangelische Kirche unterstützte dieses Projekt, indem sie das Haus anmietete und zur Verfügung stellte, sowie mehrere Sozialarbeiter und einen Arzt zunächst auf Honorarbasis beschäftigte. Von vornherein war klar, daß dieses Projekt über längere Zeit nur durchführbar sein würde, wenn die Stadt Frankfurt hierfür Mittel zur Verfügung stellen würde. In mehreren Verhandlungen, die Vertreter der Kirche mit Sozialdezernent Martin Berg führten, wurde eine solche Unterstützung abgelehnt. Die Evangelische Kirche sah sich nun nicht mehr in der Lage, über die Bereitstellung des Hauses hinaus, die Betreuung durch die Sozialarbeiter und den Arzt zu finanzieren. Seither versuchen die Bewohner, in eigenener Regie ihr Leben in dem Haus zu organisieren, was zum Teil über kürzere Zeiträume hinweg gelang.

Daß die Bewohner des Hauses, die fast ausschließlich drogenabhängig sind, auf sich selbst gestellt nicht zurechtkommen konnten, war von vornherein klar. Im Gegenteil, es ist erstaunlich, daß es nicht schon früher zu einem ähnlichen Vorfall gekommen ist. Die Stadt Frankfurt hat in diesem Fall ihre Unterstützung versagt, obwohl ein freier Träger sich bereit erklärt hatte, das Projekt mitzutragen. Die Auffindung eines toten Drogenabhängigen in diesem Hause ist also die logische aber makabre Folge des Verhaltens der Stadt, das man fast als "unterlassene Hilfeleistung" bezeichnen kann.

Der Frankfurter Jugendring fordert die Stadt Frankfurt auf, sofort mit den Bewohnern des Hauses Alte Gasse 38 und Vertretern der Evangelischen Kirche die Verhandlungen über die pädagogische und ärztliche Betreuung der Bewohner des Hauses wieder aufzunehmen. Ergebnis dieser Verhandlungen muß sein, daß das Projekt Alte Gasse 38 wieder aufgenommen wird und Sozialarbeiter sowie ein Arzt eingestellt werden."

ARBEITSSTREIK IN DER JVA WERL

WERL
2.Juni

Am 25.5. sind 44 von den 55 Gefangenen, die für die Firma Vollmer KG Bonn (Herstellung von Kerzen, Teelichtern) arbeiten müssen, in einen unbefristeten Streik getreten. Folgendes ist passiert:

Die Gefangenen erhielten Mitte Mai ihre Abrechnungszettel (= Lohnstreifen) für den Monat April, wenige Tage später die üblichen Einkaufszettel, auf denen die auf den Abrechnungszettel als Hausgeld ausgewiesenen Summen für den Einkauf freigegeben werden. Die Einkaufszettel sind wenige Tage vor dem Einkaufstermin abzugeben, was auch geschah. Am 25.5. wurden jedoch plötzlich neue Abrechnungs- und Einkaufszettel ausgegeben, die beide wesentlich niedrigere Entlohnungsbeträge aufwiesen. Auf Rückfragen wurde ihnen erklärt, daß die Arbeitspensen (= Akkordzahlen) rückwirkend über sieben Wochen um 25% erhöht worden seien! 16 Gefangene erhoben daraufhin gemeinsam schriftliche Beschwerde (der Rest hatte Angst vor Repressionen von Seiten der Anstaltsleitung) und gleichzeitig Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Anstaltsleitung. Außerdem beantragten sie beim Justizministerium von Nordrhein-Westfalen die Einleitung eines disziplinarrechtlichen Verfahrens wegen des Verdachts strafbarer Handlungen, u.a. Falschbeurkundung im Amt, bzw. Beihilfe, Betrug und stellten einzeln Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Bonn. Die Falschbeurkundung ergibt sich aus der Tatsache, daß die neuen Abrechnungsscheine auf den 15.5. rückdatiert wurden.

PROZESSBERICHT VOM VERFAHREN GEGEN CH. DOEMELAND UND W. SIEPERT

BERLIN
Mai 1977

Am Dienstag, dem 17. Mai 1977, wurde das Verfahren mit der Urteilsverkündung beendet: für Waltraud Siepert vier Jahre und sechs Monate Freiheitsstrafe, für Christina Doemeland ein Jahr Jugendstrafe, auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Waltraud Siepert muß ihren Anteil an den Prozeßkosten tragen, Christina Doemeland braucht wegen der Anwendung des Jugendstrafgesetzes keine Prozeßkosten zu tragen. Der Vorsitzende Kubsch begründete das Urteil mündlich in etwas über einer Stunde.

Zum Verfahren

Gegenstand dieses Verfahrens sei lediglich die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung gewesen. Deswegen sei der Vorwurf der Verteidigung unzulässig, durch die Bestrafung der Gehilfen (= Unterstützer) vor den Haupttätern würde gegen Grundsätze des Strafrechts verstoßen und würden die Haupttäter quasi vorverurteilt werden ohne Möglichkeit der eigenen Verteidigung. Vielmehr habe schon das Reichsgericht (Band 4) festgestellt, daß ein Gehilfe vor dem Haupttäter verurteilt werden kann. In einem solchen Verfahren müsse dann allerdings die Haupttat zwangsläufig mitgeprüft werden. Außerdem sei bei § 129 StGB die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ein eigener Straftatbestand neben der Bildung einer kriminellen Vereinigung (auch beim Diebstahl seien alle Tatbestandsmerkmale in einem Verfahren zu prüfen). Auch würden die Haupttäter nicht vorbestraft, die Haupttat werde lediglich festgestellt, die Rechtskraft des jetzigen Urteils würde aber nicht so weit reichen.

Zur Sache

Über die anarchistischen und terroristischen Ziele der Bewegung 2. Juni bestünden keine Zweifel. Vorbild sei die südamerikanische Guerilla. Ziel sei die Zerstörung der Rechtsordnung und nicht wie früher bei der Studentenbewegung die Veränderung der Gesellschaft auf demokratische Weise. Zu diesem Zweck leben die Mitglieder in der Illegalität, haben Kenntnisse im Umgang mit Waffen, im Fälschen von Papieren usw. Geld beschaffen sie sich durch Banküberfälle. Dies alles ergibt sich aus den im „Hauptquartier" in der Birkbuschstraße gefundenen Unterlagen.

Das Gericht hatte nur den Zeitraum Februar 1975 bis November 1975 zu beurteilen. Am 27. Februar 1975 sei Peter Lorenz entführt worden. Diese Entführung ist der Bewegung 2. Juni zuzurechnen (es folgten Einzelheiten der Entführung und deren „Aufklärung", unter anderem, daß bei der Festnahme von Fritz Teufel ein ähnliches Gewehr wie in der Birkbuschstraße gefunden worden sei). Mitglieder der Bewegung 2. Juni hätten am 30. Juli 1975 einen Überfall auf die Sparkassenfiliale am Grünen Weg und am 31. Juli 1975 auf die Filiale in der Breiten Straße verübt, wobei jeweils Negerküsse und Flugblätter mit dem „Konjunkturprogramm der Bewegung 2. Juni" zurückgelassen wurden. Bei Fritz Teufel sei eine Devisenaufstellung über dabei geraubtes Geld gefunden worden. Waltraut Siepert und Christina Doemeland seien der Unterstützung dieser kriminellen Vereinigung überführt.

Zu den Einzelhandlungen: W. Siepert

1. Wohnung Schöneweider Straße 7. Diese Wohnung habe in Wirklichkeit als Unterkunft für die Mitglieder der Bewegung 2. Juni gedient. Beweis: unter anderem das Namensschild „Hagemann' (noch von der Vormieterin), weiter seien dort Fingerabdrücke von Ralf Reinders, Inge Viett, Juliane Plambeck, Fritz Teufel und Waltraut Siepert gefunden worden. Waltraut Siepert sei seit 1969 mit Inge Viett befreundet gewesen, auch mit Ralf Reinders. In der Wohnung seien genug „stumme Zeugen" gefunden worden, die bei richtiger Einordnung genügend Schlüsse auf den Charakter der Wohnung und auf das fluchtartige Verlassen zuließen. Auch sei sie von der Einrichtung her für solche Zwecke geeignet gewesen.
2. Garage Nassauische Straße. Diese Garage habe Waltraut Siepert unter falschem Namen gemietet und sie der Bewegung 2. Juni zur Verfügung gestellt. Dort sei an Autos für die Bewegung gearbeitet worden. Die Schlüssel habe sie an die Bewegung 2. Juni gegeben, sie wurden später in der Wohnung Fraenkelufer gefunden.
3. Garage Otto-Suhr-Allee. Diese Garage sei von Juliane Plambeck gemietet worden. Auch dort sei an Autos gearbeitet worden. Hauptbenützer sei Ralf Reinders gewesen. Von Waltraut Siepert sei eine Fingerspur an einer Lackverdünnerdose gefunden worden. Objektiv liege hier zwar eine Unterstützungshandlung vor, das Gericht habe diesen Komplex aber nicht im Rahmen des Tatvorwurfs gewertet.
4. Für beide Angeklagte: VW-Kastenwagen. (Jetzt machte der Vorsitzende erst lange Ausführungen zum Verhältnis von Waltraut S. und Christina D.) Beide Frauen hätten sich über das Berliner Frauenzentrum kennengelernt, beide seien gemeinsam im Frühjahr 1975 in den Schwarzwald verreist. Von dort sei Waltraut S. plötzlich abgereist. Christina D. sei wenig später nachgereist. Wegen ihrer mangelnden Zielstrebigkeit habe sie Arbeiten für die Aufnahme an der Hochschule für Bildende Künste nicht abgeben können und habe deshalb als Arbeiterin in einem Betrieb angefangen. Schon damals habe sie aber Kenntnis von den Beziehungen Waltraut Sieperts gehabt. Beiden seien dann in die Wohnung am Fraenkelufer eingezogen. Im August 1975 sei Christina Doemeland von dort in die Nostizstraße umgezogen, während Waltraut Siepert dort alleine wohnen blieb. Grund für diesen Umzug seien wahrscheinlich die inzwischen eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen der Polizei gewesen, es habe nämlich keinen Streit zwischen den Frauen gegeben oder ähnliches, auch habe Waltraut S. die Miete für die Wohnung Nostizstraße gezahlt. Christina D. sei jedoch bald wieder in die Wohnung Fraenkelufer zurückgekehrt. Ihre Einlassung, daß sie von den Beziehungen Waltraud S.' zur Bewegung 2. Juni nichts gewußt habe, sei unglaubhaft, sie habe nämlich versucht, keine Spuren zu hinterlassen. So habe sie sich dort in der Wohnung nicht polizeilich angemeldet. Es sei jedoch auch für einen Nichtinhaber einer Wohnung möglich, sich polizeilich anzumelden. Auch hätte Waltraut S. Schlüssel zu der Wohnung Nostizstraße gehabt. Weiterhin habe Christina D. in den Telefongesprächen mit ihrer Mutter – die immer nur von Christina ausgingen – keine Angaben über ihre Wohnung oder über ihren Lebenswandel gemacht, sondern immer nur allgemein davon gesprochen, daß es ihr gut gehe und ähnliches. Sie sei insgesamt auf Heimlichkeit bedacht gewesen. Aus ihrem Verhalten nach der Verhaftung der Mitglieder der Bewegung 2. Juni schließlich, werde ihre Mitwisserschaft deutlich: sie habe sich entschieden, mit Waltraut S. in den Untergrund zu gehen. Ab dem 10. September 1975 habe sie ihre Arbeit aufgegeben. Die Begründung Christinas, daß dies wegen einer Auseinandersetzung mit ihrem Arbeitgeber erfolgt sei, sei nicht ausreichend, denn am Tage der Auseinandersetzung habe sie noch einige Stunden weitergearbeitet.

   Zurück zum VW-Kastenwagen. Der Kauf sei am 12. September 1975 erfolgt. Christina D. habe zwar den Vertrag unterschrieben, bezahlt worden sei der Wagen aber von Waltraut S. Ziel sei es gewesen, den Wagen Fritz Teufel und Gabriele Rollnick für den Umzug zur Verfügung zu stellen. Die Einlassung Christinas, daß sie den Wagen für eine Auslandsreise gekauft habe, sei nicht ausreichend: sie selbst habe gar keinen Führerschein und auch nicht das nötige Geld für eine Auslandsreise gehabt, sie habe vielmehr ständig Schulden machen müssen.
5. Wohnung Koloniestraße (nur Waltraut Siepert). Noch am Abend desselben Tages, an dem das Auto gekauft worden sei, habe Waltraut S. die Wohnung kurz besichtigt, sie sei aber daran gescheitert, daß sie nicht genügend Geld für die Zahlung des Möbelabstandes hatte. Deswegen sei der schriftliche Vertrag und die Schlüsselübergabe erst am nächsten Tag erfolgt. Dabei habe Waltraud S. den Vertrag mit „Monika Schneider" unterschrieben. Sie habe die geforderte Summe mit Geld aus Sparkassenüberfällen bezahlt. Entsprechendes Geld sei bei Gabriele Rollnick gefunden worden. Am selben Tag seien dann Fritz Teufel und Gabriele Rollnick umgezogen. Danach seien Christina D. und Waltraut S. regelrecht auf der Flucht gewesen.

Zur Strafe

Die Strafe ergehe nur wegen der Unterstützungshandlungen. Aber die Gefährlichkeit der Bewegung 2. Juni hätte natürlich festgestellt werden müssen. Bei dieser Gruppe handele es sich um Terroristen, deren Selbstverständnis als „Bürgerkriegstruppe" ihre Überheblichkeit und Verwirrung zeige. Waltraut S. gehöre nicht nur zum weiteren Kreis der Unterstützer und Sympathisanten, sondern zum engeren Kreis. Auch während der Hauptverhandlung habe sie sich nicht von den Taten und Zielen der Bewegung 2. Juni distanziert. Sie sei deshalb als gefährliche Verbrecherin und als Gefahr für die Rechtsgemeinschaft anzusehen.

Christina D. sei zur Tatzeit Heranwachsende gewesen, sie habe nach der Scheidung der Eltern usw. in Waltraud S. jemand gefunden, der sie lenken konnte, so habe sie z. B. nur für kurze Zeit allein in der Nostizstraße gewohnt. Christina D. habe nur eine Unterstützungshandlung begangen, als sie den VW-Kastenwagen kaufte. Zwar sei sie daran nur gering beteiligt gewesen, aber sie habe immerhin ihre Unterschrift hergegeben. Christina D. gehöre für die Bewegung 2. Juni nicht zum engeren Kreis, sondern sei lediglich eine Helfershelferin gewesen. Sie habe in der Hauptverhandlung auch nicht die Ziele der Bewegung 2. Juni zu den ihren gemacht.

Bei beiden Angeklagten werde die U-Haft laut Gesetz angerechnet.
Eine effektive Verteidigung war in diesem Prozeß wegen mangelnder Akteneinsicht (keine oder verspätete Akteneinsicht, schlechte Fotokopien) unmöglich. Durch das Vorziehen des '2. Juni-Komplexes' fand eine Vorverurteilung der Hauptangeklagten ohne rechtliches Gehör statt. Ohne eine Vorverurteilung der Hauptangeklagten zu bewirken, war es der Verteidigung nicht möglich, auf die Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft einzugehen. Aus diesem Grunde lehnte es die Verteidigung ab, Punkt für Punkt auf die Anklage der Staatsanwaltschaft einzugehen.

Prozeßbüro Berlin, Schönleinstraße 24, 1000 Berlin 61

ZUM PROZESS GEGEN ROTH UND OTTO

Köln 31. Mai — Am 15. Mai war in der „Zeitung" Bild am Sonntag ein Hetzartikel erschienen unter der Überschrift: „Terroristen verurteilen Kölner Richter zum Tode", daneben waren die Bilder von Karl-Heinz Roth und Roland Otto abgedruckt (s. ID Nr. 178). In diesem Artikel wird behauptet, ein „Femegericht" habe nach Auskunft des BKA den Vorsitzenden Richter Dr. Draber zum Tode verurteilt. Die Verteidigung hat festgestellt, daß weder BKA noch LKA-Nordrheinwestfalen noch Staatsanwaltschaft Köln eine solche Information herausgegeben hat. Gegen die „Bild am Sonntag" haben Roth und Otto eine Gegendarstellung beantragt. Weiterhin werden gegen die verantwortlichen Redakteure Strafanzeigen gestellt werden.

Außerhalb der Hauptverhandlungen stellten Roth und Otto gegen Draber einen Befangenheitsantrag, weil ein Richter, der einen solchen Bedrohung ausgeliefert ist, nicht mehr unbefangen richten kann. Der Antrag wurde abgelehnt. Otto gab hierzu eine längere Erklärung ab, der sich Roth anschloss (s. ID Nr. 179).

36. Prozeßtag am 11. Mai

An diesem Verhandlungstag ging es dem Gericht darum festzustellen, ob Roland Otto Verbindungen zu Karl-Heinz Roth und Werner Sauber schon vor dem 9.5.1975 hatte.

Der erste Zeuge Kaya sagte aus, daß er zwei Tage vor dem 9.5.1975 eine Person, die Otto ähnlich gesehen hätte, vor dem Haus in dem Roth wohnte gesehen hätte. Dabei verwickelte er sich in eine Reihe von Widersprüchen: Er will Otto an diesem sonnigen Dienstag - es hätte nach seiner Aussage der Mittwoch sein müssen - um 10.00 Uhr morgens - obwohl er in dieser Woche Frühschicht hatte - gesehen haben.

Otto soll vor dem Haus einmal hin und einmal her gegangen sein, in normalem Fußgängertempo; für diese Strecke, die er mit 15 Meter angab, soll Otto 10 Minuten gebraucht haben; auf den Photos, die ihm zur Identifizierung vorgelegt worden waren, hat er nur männliche Personen gesehen, obwohl auch eine Frau als Besucherin des Hauses von ihm identifiziert wurde.

Karl-Heinz Roth erklärte zu diesem Zeugen, daß er bei seiner Tätigkeit mit türkischen Kollegen von diesen vor ihm gewarnt worden war, da die Person mit dem Werkschutz von Ford zusammenarbeiten soll.

Die Zeugin Engeländer, Mitbewohnerin im Hause von Werner Sauber sagte aus, daß sie Roland Otto mehrere male im Haus gesehen hat. Werner Sauber wäre bei Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) beschäftigt gewesen und habe zu ihrem Mann, der auch bei KHD sei, immer ein kollegiales Verhältniss gehabt. Die beiden seien öfter zusammen zur Arbeit gegangen. Auf die Frage, warum sie sich nicht sofort mit ihrem Wissen bei der Polizei gemeldet habe, antwortete sie: 'Ich wußte, die kommen von selbst'. Ein weiterer Hausbewohner war sich nicht sicher, Roland Otto erkannt zu haben.

37. Prozeßtag am 13. Mai

Zu Beginn gab Karl-Heinz Roth eine Erklärung zu seiner Haftsituation ab. Danach wurden die Sachverständigen des Bundeskriminalamtes vernommen, die belegten, daß die bei Sauber und Otto gefundenen Ausweise und Führerscheine gefälscht waren, und die gleichen Fälschungsmerkmale aufweisen.

In der darauffolgenden Verhandlungspause erkannten Zuschauer und Verteidigung zum erstenmal, was lange vermutet worden war, eine männliche Zivilperson die sich immer im Zuschauerraum aufhält, trug offen eine Waffe.

Der Antrag der Verteidigung festzustellen, wer diese Person sei, warum sie eine Waffe trage und unter welchen Umständen diese Waffe eingesetzt werden solle und wer der Auftraggeber dieser Person sei, wurde vom Gericht abgelehnt. Der Gerichtsbeschluß besagte, daß die Wahrheitsfindung in diesem Verfahren nicht davon beeinträchtigt wird, wenn bewaffnete Personen sich im Verhandlungssaal befinden. Die Verteidigung machte klar, daß das Gericht zulasse, daß in diesem Prozeß bewaffnete **Schutzstaffeln** mit das Klima der Hauptverhandlung bestimmen, und dadurch die Angeklagten, die Verteidigung und auch das Gericht unmittelbar bedrohen. Das Gericht knüpfe damit an die Traditionen der Zeit zwischen 1933 und 1945 an, in der unter dem Schutz von Waffen 'Recht' gesprochen worden sei.

Die Verteidigung beantragte daraufhin Unterbrechung der Hauptverhandlung, um mündlich die Maßnahmen des Vorsitzenden in einer Dienstaufsichtsbeschwerde bei dem Präsidenten des Landgerichts zu beanstanden. Der Vorsitzende verweigerte diese Unterbrechung. Daraufhin verließen die Vertrauensanwälte den Verhandlungssaal, nur die Zwangsverteidiger blieben im Saal. Fernmündlich wurde von den Wahlverteidigern der Vertreter des Präsidenten von dem Vorfall benachrichtigt, da er selbst nicht zu sprechen war. Die Dienstaufsichtsbeschwerde wird noch weiter schriftlich begründet werden.

Roth und Otto erklärten daraufhin, daß sie nicht ausreichend verteidigt seien und stellten den Antrag, deshalb die Hauptverhandlung zu unterbrechen. Als das Gericht diesen Antrag ablehnte, erklärten Karl-Heinz Roth und Roland Otto nochmals dem Gericht welche ungeheuerliche Provokation die Anwesenheit bewaffneter Beamter im Gerichtssaal darstelle, vor allem auch deshalb, weil ja gerade ein Vorfall zur Verhandlung stünde in den diese Kölner Polizei verwickelt gewesen sei.

39. Prozeßtag am 25. Mai

Der Betriebsleiter von Klöckner, Humboldt, Deutz wurde vernommen. Er sagte aus, daß Tangermann (Sauber) als Maschinenarbeiter seit Oktober 1974 in der Firma beschäftigt gewesen sei.

Weiter wurde der Polizeibeamte Hammermann vernommen. Hammermann war etwa 8 Minuten nach der Schießerei am 9. 1975 auf dem Parkplatz eingetroffen und hat dort mit den an der Schießerei beteiligten Polizeibeamten gesprochen. Diese schilderten ihm den Tathergang. Allein Hoffman habe ihm eine genauere Schilderung geben können, wer mit der Schießerei angefangen habe. Von Bartzik und Eck habe er gehört, daß sie von der Schießerei völlig überrascht gewesen seien. Sie hätten ihm gegenüber keinerlei Angaben machen können, wer mit der Schießerei begonnen hätte. Auch Bruder habe ihm lediglich gesagt, daß die Schießerei begonnen habe. Im Verlauf seiner Vernehmung stellte die Verteidigung zwei Anträge auf wörtliche Protokollierung, die vom Vorsitzenden abgelehnt, vom Gericht jedoch zugelassen wurden. Sie beinhalteten Aussagen von Hammermann über den Inhalt des Fernschreibens, das vom Innenministerium mit der Begründung nicht herausgegeben wird, weil eine Veröffentlichung Belange des Landes Nordrhein-Westfalen beeinträchtigen. Als Hammermann dies erfuhr, verweigerte er nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft jede weitere Aussage über das Fernschreiben. Es war jedoch schon zu diesem Zeitpunkt klargeworden, daß der Bericht, den Hammermann in dem Fernschreiben niedergelegt hat, mit der Version des Geschehens in der Anklageschrift absolut nicht übereinstimmt.

38. Prozeßtag am 23. Mai

In der öffentlichen Sitzung gab dann der Sachverständige Prof. Dr. Dotzauer sein abschließendes medizinisches Gutachten ab.

Der Gutachter stellte fest, daß drei Steckschüsse im Körper von Werner Sauber eine Schußbahn verursacht haben, die im Körper steil ansteigend verläuft. Durch den Schußbahnverlauf ist es kaum auszuschließen, daß die Schüsse Sauber erhalten hat, als er schon auf dem Boden lag. Weiter muß der Schütze in unmittelbarer Nähe von Sauber gestanden haben. Dotzauer erklärte weiter, daß er die Projektile einzeln gekennzeichnet habe. (Bei der anschließenden Untersuchung der Projektile ist diese Kennzeichnung vernichtet worden, sodaß heute nicht mehr festgestellt werden kann, welche Projektile die Verletzungen bei Sauber hervorgerufen haben). Zum Todeszeitpunkt von Sauber hat er keine Feststellung getroffen.

Zu den Verletzungen bei Pauli stellte er fest, daß ein Schuß die Herzkrone durchschlagen hat, dadurch sei eine so massive Herzblutung eingetreten, daß Pauli allenfalls noch einen Schuß reflexartig hätte abgeben können. Der Gutachter schloß aus, daß Pauli noch 7 Schuß, wie von der Anklageschrift behauptet wird, abgegeben hat.

40. VERHANDLUNGSTAG AM 31. MAI

Zu Beginn der Verhandlung erklärte der Verteidiger von K.H. Roth nochmals eindringlich, daß die Entwicklung des Gesundheitszustandes von Karl-Heinz, vor allem während der letzten Woche (wiederholte Kollapsgefahr) Anlaß dafür sei, erneut die Frage der Verhandlungsfähigkeit von Roth zu stellen. Verteidiger Dethloff erklärte, daß es auf keinen Fall zulässig sei, alleine aufgrund der routinemäßigen Auskünfte des Anstaltsarztes Dr.Hoffmann über die Verhandlungsfähigkeit zu befinden. Karl-Heinz Roth sei seit längerem nicht mehr untersucht worden und vor allem sei die Verschlechterung seines Zustandes in der letzten Woche in den Auskünften der Anstaltsärzte nicht berücksichtigt worden. Und zum dritten sei noch immer nicht der wahrscheinliche Zusammenhang zwischen den Verdauungsstörungen und den mit starken Schmerzen verbundenen Störungen des Magen-Darm-Trakts mit den Kreislaufschwierigkeiten genauer untersucht worden.

So wurde nochmals in aller Ausführlichkeit dem Gericht dargestellt, inwieweit keine ausreichende Therapie an Karl-Heinz Roth erfolgt sei. Deshalb beantragte daraufhin die Verteidigung die Ärzte in der Hauptverhandlung zu hören, die immer dem Gericht die Auskunft erteilen, K.H. Roth sei verhandlungsfähig.

Als Reaktion darauf verlas der Vorsitzende Richter Dr. Draber dann die Mitteilung des Vertreters von Dr. Hoffmann, Dr.Wittler, Roth sei verhandlungs- und transportfähig. Das Gericht sah Roth aber nach den Darlegungen seiner Verteidiger nicht mehr als verhandlungsfähig an und erklärte, daß unter den gegebenen Umständen die Hauptverhandlung nicht fortgesetzt werden könne und Karl-Heinz erst untersucht werden müsse. Dieser erklärte sich daraufhin mit einer Untersuchung durch Dr. Uhlenbruch, JVA Bochum, einverstanden.

Zum Schluß der Verhandlung griff Roth noch eine Haftentscheidung des Vorsitzenden an. Dieser hatte seinen Antrag abgelehnt, sein Transistorradio mit UKW über Lautsprecher hören zu dürfen, mit der Begründung, dies sei nur ein Recht von Haftgefangenen und nicht von Untersuchungsgefangenen. Roth verlangte nochmals eine sachgemäße Behandlung, wozu sich Draber schließlich bereitfand.

Nach Schluß der Verhandlung wurde bekannt, daß aufgrund einer Beschwerde gegen die ablehnende Entscheidung des Gerichts das Oberlandesgericht Köln die Untersuchung von K.H. Roth durch Prof. Dr. Beck, dem Arzt seines Vertrauens, genehmigt hat.
Beck ist ein führender deutscher Gastroentereologe und an der deutschen Klinik für Diagnostik in Wiesbaden beschäftigt. Das Gericht hatte beschlossen, Prof.Dr. Beck als Gutachter nicht zuzulassen, obwohl er in den ersten beiden Tagen der Hauptverhandlung persönlich anwesend war. Der OLG-Beschluß ist vom 27.5. 1977.

INTERNATIONALES

FRAUENBUCHLADEN IN BOLOGNA

BOLOGNA 1. Juni — In Bologna gibts seit kurzem einen Frauenbuchladen: Liberelulla.
Die Adresse: Strada Maggiore 24, Tel. 23 52 94 oder 22 19 66.

LEBENSLÄNGLICH FÜR MARIE MURRAY

DUBLIN
31. Mai

Unter der Anklage 'capital punishment' (Todesstrafe) begann in Dublin am 25. April der neue Prozeß gegen Marie Murray, Ihr wird vorgeworfen zusammen mit Noel Murray und Ronald Stenson im Oktober 75 einen Polizisten erschossen zu haben. (siehe ID 172/173) Für eine einzig abgefeuerte Kugel gab es drei Verhaftete.

Alle drei unterschrieben unter der Einwirkung von Folterungen vorgelegte 'Geständnisse'. Nationale Proteste erreichten die Freilassung von Ronald Stenson, der durch die Folterungen physisch und psychisch zerstört und prozeßunfähig war und in die Psychiatrie eingewiesen werden mußte. In einem ersten Prozeß im Juni 76 werden Marie und Noel Murray zum Tode verurteilt. Im November 76 befaßt sich der Oberste Gerichtshof mit der Frage, ob die Anklage 'Polizistenmord' auch dann aufrechtzuerhalten sei; wenn der Polizist in Zivil und damit nicht als solcher erkennbar war. Noel Murray wird dies zugestanden, er 'hat nicht erkannt' sein Todesurteil wird in lebenslänglich umgewandelt. Für Marie Murray wird die Anklage auf Todesstrafe aufrechtserhalten. Am 25. April nun entscheidet das Gericht in Dublin auf lebenslänglich. Damit hat das Gericht die Anklage auf Polizistenmord,worauf die Todesstrafe steht, als nicht beweisbar zurückgewiesen. Auch in diesem zweiten Prozeß stützt sich das Urteil allein auf das von Marie Murray während der Folter unterschriebene vorgelegte 'Geständnis'. Ein Antrag der Verteidigung, das 'Geständniss' als Beweisstück nicht zuzulassen wurde von 2 der 3 Prozeßrichter abgelehnt. Die Verteidigung hat gegen das Urteil Revision eingelegt.

Dem Irlandkomitee liegen Berichte von Genossen aus Irland vor, denen zufolge zur Zeit 50 - 80% all derer, die die 7tägige systematische Folter - nach den irischen Notstandsgesetzen können Festnahmen über 7 Tage erfolgen ohne haftrichterliche Vorführung, Anwalt, Arzt oder Kontakt nach draußen - durchleiden müssen, vorgelegte 'Geständnisse' unterschreiben.

Es wird geschätzt, daß mindestens 50% der seit Einführung der systematischen 7-Tage-Folter Verurteilten unschuldig eingesperrt sind. Auf diese Weise wird die offiziell abgeschaffte Internierung durch die Hintertür weiter praktiziert.

Gegenwärtig wird in Straßbourg ein Verfahren gegen die Dubliner Regierung wegen fortgesetzter Folterung internierter Gefangener vorbereitet.

AKTIVER SOMMER DER KKW-GEGNER FRANKREICHS

PARIS
26. Mai

26. JUNI: MARSCH NACH NOGENT
30/31. JULI: MALVILLE

Zum 26. Juni haben alle Gruppen des 'mouvement ecologique' zu einem Marsch von Paris nach Nogent aufgerufen. Für den Tag zuvor sind Aktionen geplant, um die Pariser Bevölkerung zu informieren, und sie zum Mitfahren aufzufordern. In Nogent, cirka 100 km südöstlich von Paris an der Seine, ist der Bau eines Kernkraftwerkes geplant, das für den Großraum Paris die Stromversorgung sichern soll. Nach offiziellen Beteuerungen wird in der Nähe von Paris wegen möglicher katastrophaler Auswirkungen im Falle von Unfällen kein Kernkraftwerk gebaut; offiziell gibt es keine Entscheidung über Nogent als Standort. Tatsächlich aber sind die Planungen für Nogent von staatlicher Seitein vollem Gang. Die KKW-Gegner wollen zeigen, daß sie schneller sind als offizielle Regierungsentscheidungen. Die Mobilisierung der Pariser ist wichtig wegen der relativen Nähe des Geländes zu Paris. Aber auch, weil die Initiativen am Ort dadurch erschwert sind, daß das Gebiet ein typisches der Pariser Wochenendsitze auf dem Lande ist. Die Vorbereitungen der Pariser Gruppen in Absprache mit den Aktionsgruppen in Nogent sind in vollem Gange. Die Pariser KKW-Gegner feiern ihr aktives Sommerfest dieses Jahr in Nogent.

Für den 30. und 31. Juli in MALVILLE, wo der Bau des 'Super-Phénix' seit längerem erfolgreich verhindert wird, werden 100.000 KKW-Gegner erwartet. (Mittlerweile hat die französische Regierung sich für den Bau des Schnellen Brüters ausgesprochen!). Es sind die Tage vor dem nationalen Urlaubsaufbruch der Franzosen, der bekanntermaßen die Polizei vor große Probleme stellt.

Daß an diesem Wochenende eine große, internationale Demonstration stattfinden soll, darüber besteht Einigkeit; wie sie stattfinden soll, darüber wird noch heftig diskutiert. Einige Entscheidungen im Diskussionsprozeß:
1. Am 2. April hat die Koordination gegen 'Superphénix' Rhône-Alpes in Genf folgenden Beschluß gefaßt: 'Ziel des Treffens am 30. Juli 77 ist in das Gelände des Super-Phénix einzudringen, um dort alles zu zerstören, was zerstört werden kann.' (aus: Superphénix, Nr. 11) Diese Entscheidung ist von der Mehrzahl der Gruppen heftig kritisiert worden. Eine heftige Diskussion über Gewalt und Nicht-Gewalt ist im Gange (vergl. bes. 'la Gueule ouverte, Nr. 156 vom 4. Mai).
2. Die Amis de la Terre haben auf ihrem nationalen Treffen vom 19.-22. Mai bei Sennercey-le-Grand folgenden Beschluß gefaßt: 'Die Föderation der Amis de la Terre' spricht sich für eine nicht-gewaltsame Demonstration aus, die zum Ziel hat, das Objekt nach bestimmten Modalitäten zu isolieren, in Übereinstimmung mit der Bevölkerung. Die Demonstration hat die Besetzung des Platzes nicht zum Ziel an sich. Der definitive Abbruch des Baus des Super-Phénix hängt direkt von der politischen Macht ab. Man hält die Arbeiten nicht nur direkt auf dem Platz an, sondern auch auf dem Gelände.' (aus: Libération vom 25, Mai).
3. Am 22./23. Mai haben sich aufgrund der Diskussionen in Dourtenay (Isère) die Kommitees von Malville, besonders vertreten durch die umliegenden Orte, getroffen, um erneut über die Form der Demonstration zu entscheiden. Es wurde Übereinstimmung über eine dezentrale Struktur erzielt; das heißt; die einzelnen Orte um Malville werden mit den Städten in einer Art Partnerschaft verbunden. Dort werden jeweils die Aktivitäten vorbereitet und durchgeführt. Am Sonntag, den 31. Juli wird die Demonstration zum Bauplatz beendet. (aus: Libération vom 27. Mai).

RADIO DER KKW-GEGNER

PARIS
26. Mai

Die einzelnen, relativ autonomen Gruppen der französischen KKW-Gegner haben im Mai einige Aktionen durchgeführt, von denen das 'radio verte' die spektakulärste war und hoffentlich noch nicht beendet ist. Schon im März wurde 'radio verte' offiziell in der Presse angekündigt, obwohl in Frankreich im Unterschied zu Italien der Staat ein Monopol über den Funk hat. Am 16. Mai wurde dann überraschend ohne vorherige Ankündigung die erste Sendung ausgestrahlt. Presse und Rundfunk wurden dazu eingeladen; selbst das französische Fernsehen berichtete in der Tagesschau ausführlich darüber. Die Sendungen des zweiten und dritten Tages - jeweils auf Kanal 89 zwischen 19 und 20 Uhr - wurden so stark gestört, daß vorübergehend die Sendungen eingestellt wurden. Diese erzwungene Sendepause hat nicht nur technische Gründe; es bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen den

Gruppierungen, die an diesem Projekt beteiligt sind. Wichtig ist, daß von offizieller Seite der 'Piratensender' geleugnet, nicht aber verboten wurde. Genaueres über dieses Projekt demnächst.

Am 8. Mai haben cirka 10.000 KKW-Gegner in Pellerin ein Fest gefeiert, mit dem gegen das geplante KKW in Pellerin protestiert wurde. Nach Berichten von Teilnehmern soll es das schönste und größte Fest mit Filmen, Liedern, Picknick und anderen Aktivitäten seit drei Jahren in der Bretagne gewesen sein.

Auch am 8. Mai sind einige antimilitaristische KKW-Gegner von Paris nach Taverny marschiert. In Taverny bei Paris sind unter anderem atomare Einrichtungen des französischen Militärs. Der Marsch wurde von der Wochenzeitschrift der Ökologen 'la Gueule ouverte' organisiert, gemeinsam mit der 'Union pacifique de France' und dem 'mouvement non-violent' (gewaltfreie Bewegung). Seit dem 15. Mai ist das Gelände in Cruas-Meysse (bei Montélimar) besetzt, auf dem der Bau eines AKW von 4x900 Megawatt geplant ist. 91,3% der Bevölkerung hat sich gegen das Projekt ausgesprochen, unterstützt vom Bürgermeister und vom Pfarrer. Damit der Widerstand konkreter und klarer wird, bilden sich in den umliegenden Ortschaften Aktionsgruppen. Gegen das Projekt hat selbst der SCIN (service central de surete des installations nucleaires) Bedenken geäußert (Zentraler Sicherheitsdienst für atomare Bauten).

YOGA, BIG BUSINESS UND INVASIONSPLÄNE

FREESTONE
31. Mai

Nachfolgende Informationen stammen aus Briefen einer Frankfurter Genossin, die seit fast einem Jahr in den USA lebt:

19. April 77

Da ich mich hier in Nordkalifornien, vor allem in Sonomacounty, in einem Reformland befinde, sehen einige Sachen nicht zu übel aus. Der Streik der United Farmworker ist zu Ende, obwohl das Resultat wohl nicht *so* befriedigend war. In Mexiko scheint noch einiges mit Landbesetzungen und Unruhen los zu sein. Amerikanische Touristen werden gewarnt, als Camper nur in Trecks zu fahren, da revolutionäre 'Räuberhorden' diese wohlbeleibten Gringos ausnehmen. Teuerung der Lebensmittel (vor allem Kaffee und Schokolade), zunehmende Arbeitslosigkeit stehen in den USA an der Tagesordnung.

Ein anderer Punkt wird in Californien sichtbar, die zunehmende Integrierung von counter-culture-Aktivitäten. Das läuft auf positiven wie auch auf sehr bösen Ebenen. Ein gutes Beispiel ist der erfolgreiche Versuch, freie Schulprogramme in das öffentliche Schulsystem zu integrieren, so geschehen in Occidental und Monte Rio. Ein Gesetzesvorschlag, der vorsah, Eltern und Kindern die freie Wahl zwischen öffentlicher Schule und alternativer Schule zu geben und dies finanziell staatlich zu unterstützen, kam allerdings nicht durch.

Im bezug auf Frauen: ein neues Mutterschaftsgesetz sagt werdenden Müttern, ob ledig oder nicht, während der Schwangerschaft staatliche Unterstützung zu. Aber auf der anderen Seite wird versucht, die Legalität der Abtreibung in Californien wieder einzuschränken. Minderjährige sollen von der Entscheidung der Eltern, verheiratete Frauen von der Entscheidung des Ehemannes abhängig werden. Aber da wird es wohl Widerstand geben!

Nun zu den üblen Auswirkungen der Integration von counterculture: die 'New Earth Exhibition' (living lightly on the earth) in San Francisco war ein Schlag in meinen Magen. Da stand doch einträchtig Union 76 (Öl und Gas umweltfreundlich) neben dem Yoghurt-Eiscremstand der Stephensfarm von Tennesee, und die 'Bank of America' hatte sich genüßlich zwischen kommerziellen Herstellern von Sonnen-Windenergie breitgemacht. Lächelnd bot der 'New Age' Makler wunderschöne Flecken auf dem Land an und der Rest der Ausstellung war ähnlich: Kräuter, Kosmetik, Massage, Therapie, Yoga, Spiritualismus zu Preisen, die lächerlich sind. Der reinste Kommerztrip! Kein Wunder, daß alle noch so farbenprächtigen, zigeunerhaften Aussteller so zufrieden lächelten und keiner daran dachte, Union 76 oder 'Bank of Amerika' ordentlich zu bemalen oder rauszuschmeißen; sie saßen alle in einem Boot und machten Kohle. Das Haarsträubendste war die Präsenz von P.G.+E (pacific-gas-and electric); diese Gesellschaft hat doch die Frechheit, mit Hilfe von Sonnenenergie die Leute auszubeuten! Sie haben Pläne, ein Sonnenenergiesystem für Familienhäuser zu entwickeln, das, in Massen hergestellt, billig zu produzieren ist und mit einem Zähler ausgerüstet die Leute wieder zu Geldsklaven machen wird.

USA ist wirklich ein Paradebeispiel 'freier Marktwirtschaft' - hier wird nicht lange mit rückständigen Traditionen rumgefackelt, der Moloch 'big business' wartet ständig darauf, neue Ideeen in bare Münze umzuwerten, und anscheinend hat er sich noch nicht selbst aufgefressen.'

24. Mai 77

"... der Protest gegen den Rassismus in Südafrika hat den ansonsten politischen Schlaf an den amerikanischen Unis unterbrochen. Lewis, der in Berkeley lebt und viel TV und Radio hört, erzählt mir, daß sich in der letzten Zeit merkwürdige Kommentare und Analysen häufen, die darauf hindeuten, daß die Amis auf einen neuen Invasionskrieg, eventuell Afrika, vorbereitet werden sollen; kann natürlich auch die übliche Hysterie sein. Aber ökonomisch geht es hier höllisch bergab, die Lebensmittel steigen fast jeden Tag; seitdem ich hier bin, haben sich die Baumwollpreise verdoppelt. Latzhosen, die im August letzten Jahres neun Dollar gekostet haben, kosten jetzt achtzehn. Inflation und Arbeitslosigkeit nehmen rapide zu, und obwohl Carter zu Schmidt fährt, um ihm Tricks zu entlocken (die BRD wird hier immer als ökonomisch stabilster Staat der Welt angepriesen), scheint ein ordentlicher Invasionskrieg letztendlich das einzige zu sein, welches die USA vor totaler Repression oder radikalen Veränderungen bewahren kann.
Hier in Sonoma-county macht sich eine brutale Entwicklung breit. Dee Long, irgendsoein Regierungsmacker, hatte die Frechheit, vor einigen Wochen zu fordern, daß alle Wohlfahrtsempfänger und Unterbemittelten (also Freaks, alte Leute und Arbeitslose) aus Sonoma verschwinden sollen, um Platz für reiche Mittelstandsleute aus der Bay-Area zu machen, die dann nach San Francisco zur Arbeit fahren. Die Grundstückspreise sind hier schon ins Unermessliche gestiegen, verdreifachten sich in sechs Monaten. Ganze Städte werden aufgekauft, Wälder sollen gerodet werden, aber es regt sich langsam Widerstand, ich hoffe, es gibt einen heißen Sommer."

REPRESSION IN BRASILIEN

SALVADOR DA BAHIA/
FRANKFURT

Diese Erklärung wurde im Januar 77 von zahlreichen brasilianischen Studentenausschüssen unterschrieben. Trotz des späten Zeitpunkts und der nicht sehr detaillierten Information ist die Publikation dieser Erklärung wichtig, da in Brasilien die Pressezensur sehr scharf ist und die Linke dort auf Gegenveröffentlichung angewiesen ist.

Die brasilianischen Asten werden zwar von den Studenten öffentlich gewählt, ihre Sitze sind aber oft außerhalb des Unigeländes; die Sitzungen werden halb-öffentlich abgehalten.

„Anfang dieses Jahres haben die Studenten und das brasilianische Volk zahlreiche Angriffe seitens des Staates erlitten. In Brasilia sind 38 Studenten von der DOPS (brasilianische Geheimpolizei) verhaftet worden, als sie Straßengebühr von Autos erhoben, um eine Sammlung für ihre selbstverwaltete Unimensa durchzuführen. (Im letzten Semester bestreikten die Studenten in mehreren Unis die Mensas und verlangten besseres und billigeres Essen. Die Mensas wurden daraufhin von den Univerwaltungen geschlossen. Die Studenten organisierten dann selbstverwaltete Mensas.) In Londrina wurde die Unizeitung „Poeira" von der Bundespolizei beschlagnahmt, in Rio de Janeiro wurden mehrere Sekretariate der Uni verwüstet und zerstört. Fünf Personen wurden in der Uni in Sao Paulo beim Verteilen von Flugblättern verhaftet. Die Polizei drang in die Fachbereiche Sport und Mathematik ein und raubte deren Archive.

Diese Ereignisse sind ein Teil der kontinuierlichen Mißachtung der Freiheiten in unserem Lande, was sich sowohl in den Todesfällen des Arbeiters Manoel Fiel Filho und des Priesters Joao Bosco Burnier in 1976, als auch in der Zensur der Presse, des Theaters, von Musik, Büchern und Filmen und der Einschränkung von Publikationen innerhalb der Wahlkampagne ausdrückt.

Die Armee hat letzten Dezember eine Aktion, über die auch in der Presse sehr ausführlich berichtet worden ist, zugegeben, bei der drei Personen, darunter der ehemalige Kandidat für das Parlament im Jahr 1946, Pedro Pomar, getötet wurden. 12 weitere Personen sind unter der Anklage der „Aktivitäten gegen das Gesetz zur Nationalen Sicherheit" verhaftet worden. Das Fernsehen durfte über diesen Zusammenstoß nicht ausführlich berichten, die Presse schwieg nach einigen Tagen. Mitte Februar veröffentlichten die Zeitungen die Nachricht, daß eine Petition bezüglich eines Gefangenen an das Militär-Gericht eingebracht worden sei. Die Mutter und die Rechtsanwälte des ebenfalls verhafteten Aldo Arantes bezeugten, daß sie während ihrer Besuche des Sohnes bzw. von Klienten „auf den Armen und am linken Fuß deutliche Spuren von physischer Mißhandlung" gesehen haben.

Aldo Arantes war Präsident der UNE (Nationale Union der Studenten). Die Repräsentanten der Studenten der verschiedenen Länder in Brasilien sehen sich verpflichtet, die Öffentlichkeit über ihre Besorgniss über den physischen und psychischen Zustand der Gefangenen, deren Namen nicht einmal im einzelnen bekannt sind, aufmerksam zu machen.

Politische Verhaftungen sind in unserem Lande keine Neuigkeit. Die damit zusammenhängenden Probleme können nur durch eine allgemeine und uneingeschränkte Amnestie gelöst werden. Diese Forderung geht einher mit der Forderung nach einer Regierung, in der keine Agression mehr existiert, in der alle Strömungen der öffentlichen Meinung sich manifestieren können und wo das brasilianische Volk sein Schicksal selbst bestimmt."

ACH, DU LIEBES BLATT

MÜNCHEN , 2. Juni

Folgenden offenen Brief sahen wir uns gezwungen an den Intendanten des Bayrischen Rundfunks zu schicken. Wegen einer Sendung, die unsere Arbeit nicht nur in höchstem Maße tendenziös schilderte, sondern auch offensichtlich kriminalisieren sollte. Nähere Einzelheiten sind dem Brief zu entnehmen. Hier nun noch einiges zur Vorgeschichte. Vor circa. drei Wochen nahm Herr Grabert, der den Film für den Bayrischen Rundfunk dreht, Kontakt mit uns auf. Er erklärte, einen Film über die Arbeit des 'Blatt';Kollektivs drehen zu wollen, Arbeitstitel 'Blatt-Porträt'. Er gab sich sehr jovial und erweckte den Eindruck, einen objektiven Film über die Stadtzeitung 'Blatt' und die Vorstellungen der Redakteure machen zu wollen. Wir waren bereit, die Sendung zu machen und mit ihm unter diesem Aspekt zu diskutieren. Dann geschahen jedoch einige Dinge, die uns stutzig werden ließen.

1. als wir aus zeitlichen Gründen einen Termin absagen wollten, erklärte Herr Grabert uns, er mache den Film auf jeden Fall, sollten wir nicht zu Interviews bereit sein, werde er sich an den entsprechenden Stellen einblenden, die Redaktion weigere sich Stellung zu nehmen.

2. Wir bekamen am Tag darauf aus sicherer Quelle die Information, daß ein Reporter eingesetzt sei, einen Film über das 'Umfeld und Symphatisanten der Terroristenszene ' zu machen. Daraufhin sprachen wir Herrn Grabert an, der jedoch alles abstritt. Er konnte uns nicht überzeugen, wir forderten deshalb, den Film vor der Sendung zu sehen, um nötigenfalls eine einstweilige Verfügung zu erwirken. Da darauf jedoch nicht eingegangen wurde, sahen wir uns außerstande, auf seine Interviewfragen zu antworten. Daher gaben wir in einem kurzen Statement unserer Befürchtung Ausdruck, daß mit diesem Film eine bewußt falsche Darstellung von uns und unserer Arbeit vermittelt werden sollte. Der am 31. Mai ausgestrahlte Film, der uns ganz eindeutig als Handlanger der Stadtguerilla hinstellte, hat unsere Befürchtung bestätigt. Hiermit möchten wir euch bitten, in eurem eigenen Interesse, diesen offenen Brief zu unterstützen.

Offener Brief an den Intendanten des Bayrischen Rundfunks Voeth

Sehr geehrter Herr Intendant,

am 31. Mai wurde im 3. Programm des Bayrischen Rundfunks um 21.05 Uhr die Sendung 'Aktuelles Studio' und in deren Rahmen ein Film über das 'Blatt- Stadtzeitung für München' ausgestrahlt. Am Tag darauf erhielten wir eine Reihe empörter Anrufe. Die Anrufer, unter ihnen auch Journalisten, empörten sich allerdings nicht über uns, sondern über die unverschämte und diskriminierende Machart der Sendung. Wir konnten dabei erfahren, daß auch in ihrem eigenen Hause – gelinde gesagt– Mißbilligung und Verärgerung über die Sendung herrscht.

Als Betroffene haben wir dazu einiges zu bemerken: Zuerst zur Vorgehensweise des Herrn Grabert, der den Film über das 'Blatt' gemacht hat: er trat an uns heran mit der Vorspiegelung, einen Film mit dem Arbeitstitel 'Blatt-Porträt' zu planen, obwohl er vorhatte, uns darüber auszufragen, ob wir Symphatisanten der Stadtguerilla seien. Obwohl der Film im Zusammenhang der

ganzen Sendung das 'Blatt' in widerlicher Form als verbietenswerte Ansammlung undurchsichtiger Elemente denunziert. Äußerungen eines unserer Redakteure, daß sich unsere Zeitung keineswegs vorwiegend mit Stadtguerilla befaßt, wurden aus dem Film geschnitten.

Wir verstehen das 'Blatt' als eine Zeitung von unten für unten, die Nachrichten zu vermitteln sucht, die für den einzelnen im täglichen Leben praktisch verwertbar sind (Programme, Veranstaltungen, Kleinanzeigen), Betroffene selbst zu Wort kommen läßt und eine Gegenöffentlichkeit herstellt, indem über Themen berichtet wird, die von Massenmedien für nicht so wichtig erachtet, unterdrückt oder verzerrt wiedergegeben werden. Dabei sind unsere Artikel über die Stadtguerilla nicht mehr und nicht weniger als ein relativ kleiner Teil unserer Berichterstattung.

Daß Herr Grabert sich bei uns trotzdem nur nach 'Terroristen', Buback-Mord etc. erkundigte, hat Methode und kann getrost im Zusammenhang damit gesehen werden, daß z.B. der Polit-Staatsanwalt Dr. Gerick, der bereits einige Prozesse gegen das 'Blatt' geführt hat, bereits am 17. Mai – also zwei Wochen vor dem Sendetermin und eine Woche vor dem geplanten Sendetermin – über den Film Bescheid wußte.

Wir sind der Meinung, daß die ganze betreffende Aussage des 'Aktuellen Studios' als eine Publik-Relationssendung für das Bayrische Landeskriminalamt, Hinweise für die Vorstellungen von Innerer Sicherheit der Bayrischen Regierung geplant und durchgeführt wurde. Dabei wurde das 'Blatt' neben dem Tübinger AStA ganz offensichtlich als Aufhänger und 'Hintergrundmaterial' ausgenutzt und mißbraucht.

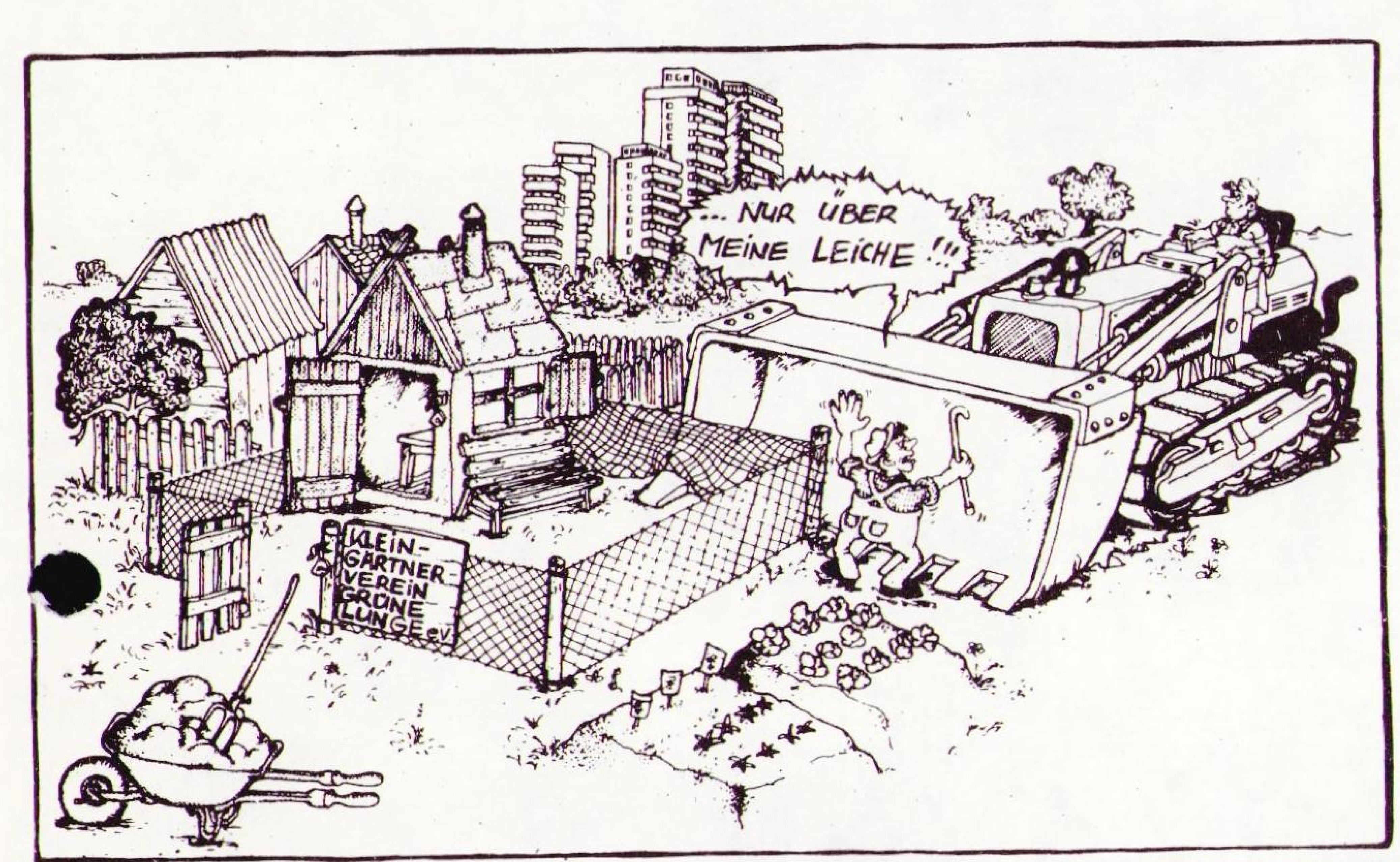
Wie wir heute von Mitarbeitern des Bayrischen Rundfunks erfahren konnten, hat bereits die Staatsanwaltschaft gegenüber dem Bayrischen Rundfunk Interesse an dem Film gezeigt, deshalb auch dort schon vorgesprochen. Es geht ihr dabei wahrscheinlich hauptsächlich um das nichtveröffentlichte Filmmaterial.

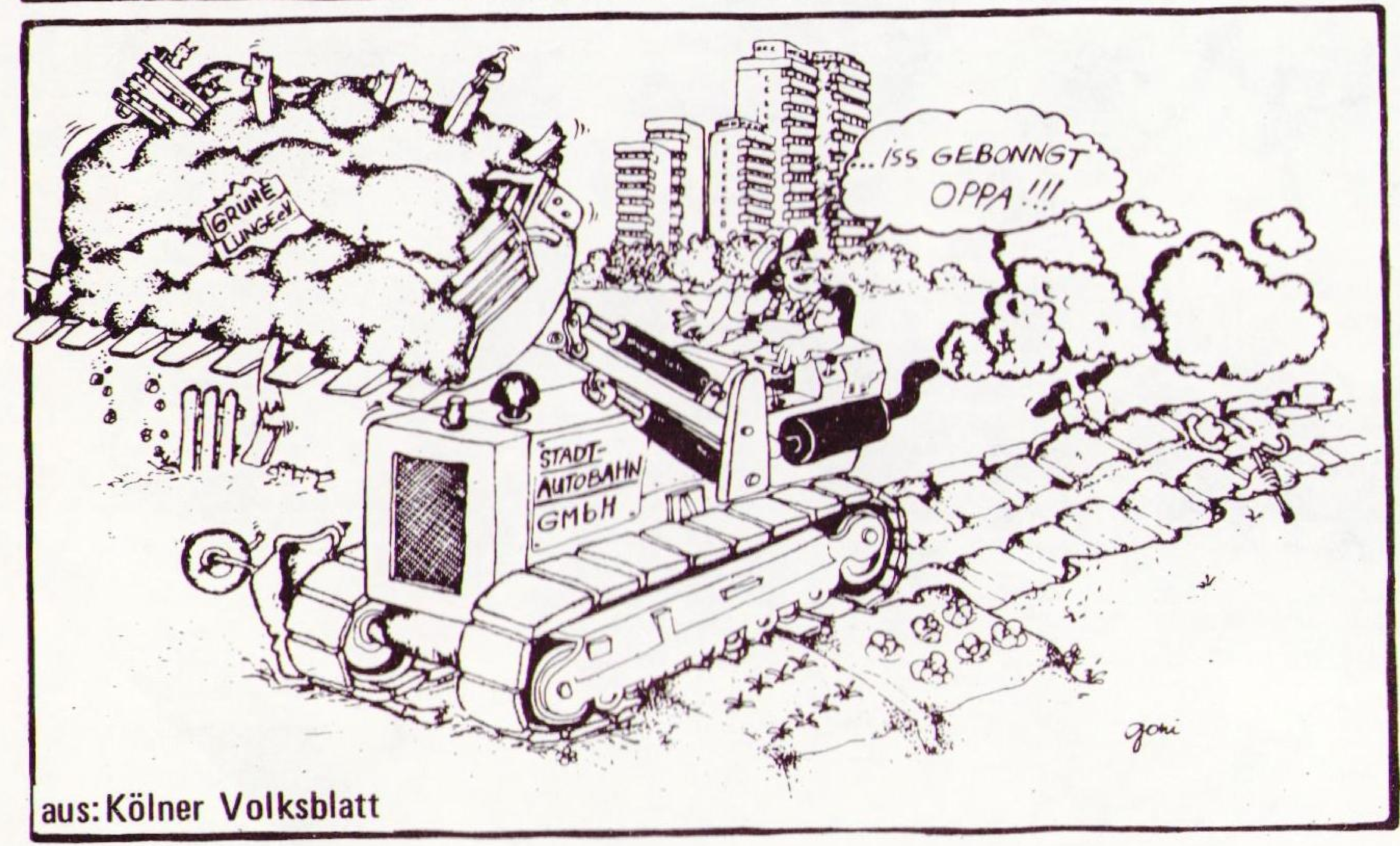
Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Sie nach § 95 Abs. 5 StGB nicht verpflichtet sind, dieses Material herauszugeben.

Wir weisen sie ferner auf das vorbildliche Verhalten der Redaktion einer Zeitung in Flensburg hin, die sich erfolgreich geweigert hat, nicht veröffentlichte Fotos von der Demonstration in Brokdorf am 19.2. der Polizei zu überlassen. Nachdem es der Presse in der BRD seitens des Staates immer schwerer gemacht wird, unbequeme Ansichten zu vertreten und ebensolche Nachrichten zu veröffentlichen, ist es eines ehrenhaften Journalisten unwürdig, Informationen und damit Informanten dem Staatsschutz zu übergeben.

Wir fordern sie deshalb um der Möglichkeit einer einigermaßen freien Berichterstattung willen auf, der Staatsanwaltschaft das Filmmaterial zu verweigern und entsprechende Weisungen an Herrn Dr. Stark, als Leiter des 'Aktuellen Studios' und Herrn Dr. Engelhard, Leiter der Redaktion, die den Film hergestellt hat, zu übergeben.

mit freundlichen Grüßen





aus: Kölner Volksblatt



Nach der Durchsuchung des Astas blockierten Demonstranten Gleise im Göttinger Hauptbahnhof - siehe Bericht Seite 3

ID – BILDERDIENST

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

W 3

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Freitag.*

Nr. 180



Einen Tag nach den Polizeiüberfällen auf den Göttinger Asta und den Buchladen 'Rote Strasse' waren 2.500 Demonstranten auf den Strassen.

ID–BILDERDIENST